Nr. 219 — Jahrgang 16 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Dienstag, den 23. September 1930

Volkswille

Anzeigenpreis: 1/64 Seite 3.75, 1/32 Seite 7.50, 1/16 Seite 15.—, 1/8 Seite 30.—, 1/4 Seite 60.—, 1/2 Seite 120.—, 1 ganze Seite 240.— Zloty. Familienanzeigen und Stellengesuche 20% Rabatt. Anzeigen unter Text die 3 gespaltene mm Zeile 0,60 Zl. von außerhalb 0.80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 9. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Neuer Konflikt zwischen Rußland und China

Zwischenfälle an der russisch-chinesischen Grenze — Haussuchungen bei den Sowjetvertretern — Wieder Besetzung der Ostbahn — Russischer Protest in Mukden

Tokio. Wie aus Mukden gemeldet wird, hat die chinesische Sicherheitspolizei auf dem Bahnhof Mandschuli eine Haussuchung beim sowjetrussischen Bevollmächtigten der ostchinesischen Eisenbahnen vorgenommen. Ueber die Gründe und die Ergebnisse werden vorläufig keine näheren Angaben gemacht.

*

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die chinesischen Behörden beim sowjetrussischen Vertreter der ostchinesischen Eisenbahnen eine Haussuchung vorgenommen, um Geheimdokumente über die Tätigkeit kommunistischer Verbände zu beschlagnahmen. In Moskauer politischen Kreisen wird dazu erklärt, daß die chinesischen Behörden das russisch-chinesische Abkommen vom 21. Dezember 1929 verletzt haben.

Ferner teilt ein amtlicher russischer Bericht mit, daß eine sowjetfeindliche weißgardistische Bande von mehreren hundert Mann mit Maschinengewehren die Bahnstation Trjasin auf der westlichen Linie der ostchinesischen Eisenbahn besetzt hat. Die chinesischen Behörden sollen keinerlei Maßnahmen dagegen getroffen haben. Der frühere Stabschef der tschechoslowakischen Truppen in Sibirien, der im Jahre 1918 den Kampf gegen die Sowjetunion geleitet hat, General Diederichs, soll in Charbin eingetroffen sein. Der russische Generalkonsul Melnikow hat bei den chinesischen Behörden Protest eingelegt und seine Ausweisung verlangt. In Moskauer politischen Kreisen wird man darauf bestehen, daß die Mukdener Regierung die nötigen Maßnahmen zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse an der Ostbahn ergreifen werden.

Tschanghsueliangs Vormarsch auf Peking

Tokio. Wie aus Mukden gemeldet wird, werden die Truppen Tschanghsueliangs am Montag in Tientsin einrücken, das bereits vom General Jensischan geräumt worden sein soll. Marschall Tschanghsueliang erklärte, daß er mit 40 000 Mann auf Peking marschiere, und in China normale Friedensverhältnisse wieder herzustellen und den Bürgerkrieg zu beendigen.

Aus Peking wird gemeldet, daß die Uebergabe Tientsins an Marschall Tschanghsueliang auf Grund besonderer Vereinbarungen zwischen ihm und General Jensischan erfolgte.



Die Auflösung des Preußischen Landtags gefordert

hat der Landtagsabgeordnete Karl Ladendorff, der namens der Fraktion der Wirtschaftspartei einen Antrag auf sofortige Auflösung des Hauses eingebracht hat. Begründet wird dieser Antrag mit der Differenz zwischen der Zusammensetzung des Landtages und dem bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gebrachten Volkswillen.

Putschgefahr im Reich?

Sozialdemokratie hilf!

Die Auslandspresse ist überladen mit Schauergerüchten über einen Rechtsputsch in Deutschland, der den Kommunisten wiederum Gelegenheit bieten soll, ein Sowjetreich zu errichten. Nach dem Wahlausgang von 14. September, sind diese Stimmungen durchaus verständlich. Die preußische Regierung sah sich gezwungen, eine beruhigende Erklärung abzugeben, daß sie allen Putschabsichten vorbeugen kann. Auch das Reichskabinett, welches sich aus den Frontsoldaten in ein Kabinett der großen Schweiger umgewandelt hat, beruhigt die Gemüter, daß nichts von einem Hitlerreich zu erwarten ist, das „Dritte Reich", welches die Nationalsozialisten in Aussicht stellten, wenn das Wahlglück ihnen hold sein sollte. Inzwischen haben ja die Hitlerianer erklärt, daß sie in eine Regierung einzutreten bereit wären, wenn ihnen die Reichswehr und die Polizeimacht ausgeliefert wird. Die Kommunisten haben das Feldgeschrei noch übertönt und in ihren Organen verkünden lassen, daß sie beim Zusammentritt des Reichstages sofort einen Antrag auf Einstellung der Reparationszahlungen stellen werden. Wenn Wahlprogramme etwas gelten sollen, so müssen der Reichsminister Treviranus, der Landbündlerminister Schiele, Hugenberg und die Nationalsozialisten diesen Antrag unterstützen, denn sie alle haben Propaganda gegen den Tributplan gemacht. Das Ausland hat nun auf alle diese „Pläne" reagiert und die Folge ist, daß man die Werte Deutschlands auf der Börse verschleudert, daß in Finanzkreisen eine Panikstimmung erzeugt ist und man mit wachsendem Mißtrauen die Vorgänge verfolgt. Die Regierung der Kleber, mit Brüning an der Spitze, schweigt, hat nicht den Mut, aus der Wahlniederlage die nötigen Konsequenzen zu ziehen und abzudanken. Denn das ist der Sinn der Demokratie, daß ein Kabinett weicht, wenn es im Wahlkampf für die Regierung keine Mehrheit im Parlament gebracht hat. Aber von Brüning zu erwarten, daß er die Konsequenzen zieht, wäre ein wenig zu viel verlangt.

So sehr man auch heute von der Ueberraschung spricht, die der 14. September gebracht hat, so zeugt das nur von einem politischen Verfall des Bürgertums. Den ganzen Wahlkampf hat man mit dem Ruf gegen den Marxismus gegen die Sozialdemokratie bestritten, nun erinnert man sich ihrer und fordert von ihr, daß sie sich ihrer Staatsverantwortung bewußt werde und entweder in die Regierung eintrete oder aber stillschweigend ein kommendes Kabinett Brüning unterstütze. Welche Kombinationen man immer anstellt, ein Ausweg ist nur möglich, wenn die Sozialdemokratie in die Große Koalition eintritt oder aber, wenn sich Brüning entschließt und Hindenburg diesen Wunsch gutheißt und die Nationalsozialisten als regierungsfähig erklärt. Wir wollen den letzteren Fall nicht annehmen, aber von der Sozialdemokratie kann man füglich nicht erwarten, daß sie für die Wahldummheiten des Bürgertums jetzt die Verantwortung trägt. Es fehlt nämlich nicht an bürgerlichen Pressestimmen, die da sagen, daß, wenn dem Wahlausgang ein Chaos folgt und ein Putsch im Reich, so trage allein die Sozialdemokratie die Schuld, weil sie diese Gefahren nicht bannt, die jetzt Deutschlands Dasein bedrohen. Dasselbe Bürgertum, welches noch zwei Wochen die größte Gefahr für Deutschland in der Sozialdemokratie sah und es waren auch die Reaktionäre im Zentrum in diesem Lager, sehen in der Sozialdemokratie die einzige Kraft, die Deutschland vor einem Chaos retten kann. Wir zweifeln nicht daran, daß sich die Sozialdemokratie ihrer historischen Aufgabe bewußt ist. Aber man darf auch nicht vergessen, daß die Subventionen zum Aufstieg Hitlers aus Kreisen der Großindustrie flosssen, und zwar schon Jahre hindurch. Mit den Geldern der Großindustrie ist der Nationalismus großgezogen worden, heute soll die Sozialdemokratie, der Marxismus, die nationalsozialistische Putschgefahr beseitigen, indem sie der Regierung ihre Hilfe gewährt. Die Herren haben ihre Rechnung falsch aufgestellt und mögen nun auch die Kosten dafür tragen!

Die Sonntagspresse im Reich läßt verschieden durchblicken, daß die Hoffnung auf Beseitigung der Gefahr in Preußen liegt. Preußen ist noch immer der größte Bundesstaat Deutschlands und hier regiert der „Zar" Braun, der Sozialdemokrat, auf den man seine Hilfe setzt. Preußen hat ja durch die oben erwähnte Erklärung bereits zur Beruhigung des Auslandes beigetragen, aber man geht fehl, wenn man glaubt, daß die Putschisten nicht alles versuchen werden, um Brüning als Druckpunkt zu benutzen, auch in Preußen das Zentrum aus der Koalition zu ziehen, um so

Slaweks Methode wird Tat

Vorboten des Wahlkampfes — Ueberfall auf den Abg. Gen. Niedzialkowski — Ein Sanacja-Journalist übt sich im „Knochenbrechen" — Die Vergeltung ist nicht ausgeblieben

Warschau. Man wird sich noch auf die Lodzer Rede des ehemaligen Premiers Slawek erinnern, in welcher er einigen Abgeordneten und besonders den sozialistischen, das Knochenbrechen in Aussicht stellte, wenn sie nicht gefügig sind. Einem Obersten, dem Leiter der Zweiten Abteilung, ist es nun vorbehalten geblieben, das Versprechen in die Tat umzuwandeln. Der „Robotnik" brachte Sonnabend einige kritischen Bemekungen über den jetzigen Leiter der Obersten Presseagentur „Iskra", wobei ihr Leiter Oberst Sciezynski erwähnt wurde. Dies behagte ihm anscheinend nicht, denn er griff am Sonnabend nachmittag im Restaurant des Sejms den sozialistischen Abgeordneten, den Leiter und Chefredakteur des „Robotnik" Gen. Niedzialkowski tätlich an indem er ihm einen Hieb mit einem Stock über den Kopf versetzte. Gen. Niedzialkowski, der nichts ahnend am Tische saß, fiel blutüberströmt ohnmächtig zu Boden. Die sozialistischen Abg. Zulawski, Stainczyk und Baranowski beobachteten diesen Vorfall und griffen ein, indem sie nun ihrerseits dem Obersten eine Tracht Prügel verabfolgten und ihm den Stock entwandten. Er hätte wohl zweifellos eine bessere Lektion erhalten, wenn nicht inzwischen Gen. Niedzialkowski eingetreten wäre und die Kollegen bat, nicht weiter den Angreifer zu schlagen. Der Stock wurde als „Dokument" dem Sejmmarschall überreicht.

Es ist bezeichnend für den Geist, der innerhalb der Sanacja herrscht, wenn sich schon ehemalige Offiziere dazu versteigen, Wehrlose aus dem Hinterhalt überfällen. Aber nach den letzten Sonntagsereignissen, ist auch das keine Ueberraschung mehr.

Erfolglose Haussuchungen bei der Opposition

Warschau. Im weiteren Verlauf des planmäßigen Vorgehens gegen die Opposition sind die in Lodz vor einigen Tagen begonnenen Entwaffnungen der sozialistischen Kampforganisationen im ganzen Lande mit Energie fortgesetzt worden. In Krakau fanden Haussuchungen bei zahlreichen Mitgliedern sozialistischer Organisationen statt. Aehnliche Haussuchungen fanden im Dombrowaer Bezirk statt.

Außerdem meldete das „ABC", daß bei dem vor einigen Wochen von Pilsudski-Anhängern verprügelten Bauernführer Domski in Warschau und bei dessen Vertreter, dem früheren Abgeordneten Wrona, gleichfalls sehr sorgfältige Haussuchungen stattgefunden haben. Ferner fanden noch Haussuchungen bei einer Reihe von Mitgliedern der Bauernpartei „Stronnictwo Chlopskie" statt. Das „ABC" nimmt an, daß im Anschluß an diese Nachforschungen offenbar neue Verhaftungen zu erwarten seien.

Wie man die Führer „unschädlich" macht

Gen. Abg. Kronig für die Wahlzeit kaltgestellt.

Wir haben schon öfters ausgeführt, wehlche Mittel man anwendet, um die oppositionellen Organisationen während des Wahlkampfes ihrer Führer zu berauben. Unsere Mutmaßung, daß man außer den Verhaftungen noch zu anderen Mitteln greifen wird, um die Wahlaktion der Regierungsgegner zu schwächen, hat sich, eher als wir es dachten, bewahrheitet. So hat man unserem Abgeordneten Kronig, der Reserveoffizier ist, den Befehl zugestellt, am 29. September zur sechswöchentlichen militärischen Uebungen einzurücken. Dadurch wird die politische Tätigkeit unseres Parteivorsitzenden für die wichtigste Zeit des Wahlkampfes lahmgelegt. Darum hat es sich ja wohl in der Hauptsache gehandelt. Wen man nicht einsperrt, dem muß eben der Mund auf andere Weise gestopft werden.

Wir zweifeln jedoch daran, ob diese Methoden den heutigen Machthabern den gewünschten Erfolg bringen werden. Wir sind dessen gewiß, daß alle Maßnahmen, die gegen uns gerichtet werden, alle Konfiskationen, Haussuchungen, Ueberwachungen, alle Schwierigkeiten, die man unseren Führern in den Weg legt, nur das eine Ziel erreichen werden: **die deutsche werktätige Bevölkerung unseers Landes noch enger und fester um unsere Bewegung zu scharen.**

freie Hand für eine Rechtsregierung zu erhalten. Gewiß würde in diesem Falle Ministerpräsident Braun die Auflösung der Koalition mit einer Landtagsauflösung beantworten und die Neuwahlen würden den Hitlerianern und Kommunisten bestimmt nicht mehr die Erfolge sichern, die ihnen die Regierung Brüning ermöglicht hat. Man sieht daß die Besorgnisse im Ausland um die künftigen Geschicke Deutschlands, nicht so ganz unbegründet sind, wenn auch, unseres Erachtens nach eine Putschgefahr im Augenblick nicht besteht und die Machtmittel des Staates immer noch ausreichen, um solchem Chaos vorzubeugen. Es fragt sich aber auch, wie lange nicht diese Gefahr besteht. Aus Wirtschaftskreisen, also aus den gleichen Quellen, die den Nationalsozialismus gespeist und aufgezogen haben, kommen Nachrichten, daß die Mißstimmung im Auslande auch wirtschaftlich nicht ohne Folgen sein wird und im Winter mit einem Aufstieg der Arbeitslosenzahlen zu rechnen ist und damit mit einer weiteren Radikalisierung der Arbeiterschaft, die wieder eine Voraussetzung mehr für innere Unruhen bieten wird.

Mit einem Male erkennen die Herren der Wirtschaft, die Großindustriellen, die Gefahr, die ihnen seitens der Putschisten droht. Aber sie sprechen von Deutschland und meinen wieder mehr oder weniger ihre eigenen Gewinne. Denn dort, wo die Schlote nicht mehr rauchen, da ist auch für den Industriellen nichts mehr zu holen. Es gibt heute einwandfreie Beweise dafür, daß Millionen aus Quellen der Großindustrie in die Kassen Hitlers flossen. Aus denselben Quellen, die heute vom Abbau der Sozialpolitik und von Herabsetzung der Löhne sprechen, von denen, die bei jeder Lohnforderung der Arbeiterklasse und der Beamtenschaft erklärten, daß dies der Ruin der Wirtschaft sei. Aber zum Kampf gegen den Marxismus, gegen die Sozialdemokratie, da gab und gibt es immer Geld genug. Nun haben die Herrschaften im Kampf gegen den Marxismus die eigene Natter des Nationalsozialismus großgezogen und erwarten, daß ihnen die Sozialdemokratie hilft, dieses Gebilde zu beseitigen oder wenigstens, dessen Torheiten zu hemmen. Die Herrschaften haben es selbst in der Hand, mit Hitler fertig zu werden, indem sie die finanziellen Subventionen an diese Kategorie von Staatsbürgern einstellen. Freilich ist diese Brut nicht so leicht zu beseitigen und auszurotten, wie sie großzuziehen war. Aber, daß sie da ist, dieses Verdienst gebührt einzig und allein der Großindustrie und jenen Kreisen, die den Nationalismus im Kampf gegen den Marxismus großgezogen haben. Mögen sie auch mit ihm fertig werden! Aufgabe der Sozialdemokratie wird es aber sein, daß ihre Gegner einstweilen ihre Wahlversprechungen gegenüber den Wählern erfüllen. Im Ruf nach sozialdemokratischer Hilfe in der Stunde, da wieder Deutschland die Putschgefahr droht, offenbart sich der ganze politische Sumpf des deutschen Bürgertums.

Es gibt auch Kreise, die auf Hindenburg noch immer ihr Vertrauen setzen. Das würde gerechtfertigt sein, wenn er wirklich der Leiter der Politik sein möchte. Aber längst sind die Drahtzieher bekannt, die hinter Hindenburg wirken und letzten Endes half der Reichspräsident dieses Chaos schaffen, indem er das Kabinett der Frontsoldaten berief, welches diesen Reichstag zustande brachte. Es wird dem alten Herrn im Reichspräsidentenpalais schwer fallen, zu erkennen, wohin Deutschland treibt und vor allem, zu erkennen, daß man ihn schlecht beraten hat, als auch ihm die Sozialdemokratie als die größte Gefahr hingestellt hat. An ihm selbst liegt es, jetzt auch zu erkennen, daß er auf Brüning auf einen falschen Posten gesetzt hat, als er das Kabinett der Frontsoldaten wohlwollend vorbereitete. Mag von Oldenburg-Januschau versuchen, die Hugenberg und Westarp an einen Tisch zu bringen und für Brüning zu werben. Der Karren liegt einstweilen im Dreck, als Ergebnis im Kampf gegen den Marxismus. Die „Sieger" über den Sozialismus wissen aus lauter Begeisterung nicht, wie sie wieder den Sieg los werden könnten. Der einzige Ausweg liegt im Ruf: Sozialdemokratie hilf! Und gewiß ist das die Frage des Auslandes begründet: Waas will Brüning? Er aber hüllt sich in Schweigen und rettet auf seine Art Deutschland.

—ll.

Fliegermanöver mit Gasangriffen

Warschau. In Radom in Kongreßpolen wurde am Wochenende ein Fliegermanöver mit Gasangriffen veranstaltet. Es war das das erste Manöver dieser Art der polnischen Luftstreitkräfte.



Deutschlands u. Amerikas Unterhändler bei einem 170-Millionen-Prozeß

Im Friedenspalast im Haag werden augenblicklich die Verhandlungen über Ersatzansprüche geführt, die in Höhe von 40 Millionen Dollar die Vereinigten Staaten an Deutschland stellen. Es handelt sich um den Ersatz von Schäden, die während des Krieges durch angeblich deutsche Sprengattentate angerichtet wurden. Die „Prozeßbevollmächtigten" der beiden Staaten sind (von links) Mr. Anderson und Staatssekretär Boyden für Amerika, Dr. Kießelbach für Deutschland.



Zur Gedächtnisfeier für Johannes Kepler

die anläßlich seines 300. Todestages in Regensburg am 24. und 25. September veranstaltet wird. Hier starb der Begründer der neueren Astronomie, der die Gesetze der Planetenbewegung gefunden hat, am 15. November 1630 in einem noch jetzt stehenden Hause (X) der heutigen Keplerstraße.

Nationalsozialistische Provokationen

Schlägerei bei der Einweihung eines Ebert-Denkmals

Itzehoe. Bei der Einweihung eines Ebertdenkmals in Itzehoe, bei der der frühere Innenminister Grzesinski eine Rede hielt, kam es zu einem blutigen Zwischenfall zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten. Die Teilnehmer an der Feier wurden aufgefordert, zum Andenken an Ebert eine Minute die Hüte abzunehmen. Einige Nationalsozialisten weigerten sich, dieser Aufforderung nachzukommen. Sie wurden vom Festplatze abgedrängt, erschienen aber bald wieder und versuchten, die schwarz-rot-goldene Fahne herunterzureißen. Es entstand eine schwere Schlägerei, wobei der eine der Nationalsozialisten niedergeschlagen wurde, so daß er besinnungslos vom Platz getragen werden mußte.

Innenminister a. D. Grzesinski hatte in seiner Rede ausgeführt, daß nur durch die Macht der Republikanner, der undemokratischen Entwicklung, wie das Wahlergebnis ergeben hätte, entgegengetreten werde und daß dazu das Zusammengehen des Zentrums mit der Linken notwendig sei.

Die Memelbeschwerde vor dem Völkerbund

Litauen schwer belastet — Wird der Völkerbund den Memelländern ihr Recht geben?

Genf. Der Völkerbundsrat wird sich, wie bestimmt erwartet wird, noch im Laufe dieser Woche mit der von der deutschen Regierung übernommenen Beschwerde des memelländischen Landtags

gegen die dauernden Rechtsverletzungen im Memelgebiet befassen

und einen Berichterstatter dafür einsetzen.

Das vorliegende, die litauische Regierung nach allgemeiner Auffassung schwer belastende Material, dürfte eine hinreichende Grundlage für eine sofort vom Völkerbundsrat zu treffende Entscheidung in den Hauptpunkten der Beschwerde bieten.

Die von den gegenwärtig hier anwesenden Vertretern des memelländischen Landtags dem Völkerbundsrat überreichte neue Beschwerde wendet sich insbesondere gegen die Verletzung des Artikels 17 des Memelstatuts durch die litauische Regierung,

nach welchem das Direktorium Reisgys nach Erteilung des Mißtrauensvotums durch den Landtag hätte zurücktreten müssen

und die einseitige Beeinflussung der Vorbereitung zu den am 10. Oktober stattfindenden Wahlen für den memelländischen Landtag. Es wird darauf hingewiesen, daß durch die Schaffung eines besonderen Wahlgesetzes für das Memelgebiet unter Verletzung des Memelstatuts und Ausdehnung des Kreises der Wahlberechtigten auf Nichtbürger des Memelgebiets die Wahl zugunsten der Litauer beeinflußt werden soll. Weiter wird über die einseitige Zusammensetzung der Wahlkommissionen Beschwerde geführt. Die Beschwerde weist zum Schluß darauf hin, daß der neu zu wählende memelländische Landtag keineswegs ein Bild des Willens und der Gesinnung der memelländischen Bevölkerung ergeben könne, wenn die gegenwärtigen Verletzungen des Memelstatuts bis zur Wahl wirksam blieben. Der Völkerbundsrat wird daher ersucht dafür zu sorgen, daß die bevorstehende Wahl zum memelländische Landtag ohne jede Behinderung und Einschränkung gemäß dem Memelstatut stattfindet und daß die Presse durch keine Zensur verhindert wird, der Oeffentlichkeit und den Parteien dienstbar zu sein.

Die neue Beschwerde ist von den gleichen 18 Mitgliedern des Landtages unterzeichnet, die bereits die erste Eingabe vom August gezeichnet haben. In weiten deutschen Kreisen herrscht die Auffassung, daß ein energisches Vorgehen des Völkerbundsrates gegen die fortgesetzten Rechtsbrüche der litauischen Regierung unbedingt notwendig ist und daß im allgemeinen deutschen Interesse eine weitere Duldung der jahrelangen Rechtsverletzungen Litauens im Memelgebiet nicht mehr stattfinden darf.

Französischer Gesinnungsumschwung gegenüber Italien

Paris. Der Genfer Berichterstatter des „Paris Midi" **behauptet, der Mißerfolg der französisch-italienischen Flottenverhandlungen sei auf tendenziöse Nachrichten zurückzuführen, die von englischer Seite über gewisse politische Ziele der italienischen Regierung verbreitet worden seien. Die französisch-italienischen Verhandlungen, so meint der Berichterstatter, hätten jedoch an Bedeutung verloren, nachdem hinter den Kulissen eine französisch-englisch-deutsche Verständigung über die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz für den November nächsten Jahres zustandegekommen sei.**

Sozialversicherung aller Landarbeiter in der Sowjetunion

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Rat der Volkskommissare eine neue Verordnung erlassen, wonach die obligatorische Sozialversicherung aller Landarbeiter im gesamten Bereich der Sowjetunion eingeführt wird. Die neue Verordnung muß noch vom Zentralvollzugsausschuß bestätigt werden. Es handelt sich dabei um die Zwangsversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter in den bäuerlichen Kollektivwirtschaften und in den Einzelwirtschaften.

„Round-Table-Konferenz" am 10. Oktober

London. Die Eröffnung der anglo-indischen Konferenz, auf der über die künftige Staatsform Indiens verhandelt werden soll, ist nunmehr endgültig auf den 10. Oktober festgesetzt worden.



Die Sensation im Bombenleger-Prozeß

der noch immer vor dem Altonaer Schwurgericht verhandelt wird, war die am 19. September vorgenommene Zeugenvernehmung einer Frau von Oertzen. Die Verteidigung hatte Frau von Oertzen als Polizeiagentin bezeichnet und ihre Ladung veranlaßt. Bei ihrer Vernehmung mußte sie zugeben, im Auftrage der Polizei den Hauptangeklagten Volk aus Italien nach Deutschland gelockt zu haben.

Polnisch-Schlesien

„Würdenträger“

Niemand weiß von ihrer Exsistenz und der großen Wichtigkeit ihrer Person und dennoch sind sie der Meinung, daß ohne sie die Welt gar nicht bestehen könnte. Deshalb sind sie auf ihr Persönchen sehr eingebildet, tragen ihre Nase sehr hoch und behandeln die Mitmenschen mit einer Art Herablassung, so wie der Herr seine Diener zu behandeln pflegt. Die Menschen sind ihrethalben da, um ihre Person zu bedienen und für sie Sorge zu tragen.

Ein solcher „Würdenträger“ stieg am vergangenen Sonntag in einen Schnellzug der zwischen Warschau und Zakopane verkehrt. Der Schnellzug war vollbesetzt und der „Würdenträger“ blieb im Durchgang stehen. Als ein Kondukteur durch den Zug einen Rundgang machte, trat an ihn der „Würdenträger“ und stellte das Verlangen, für ihn sofort einen Platz im Abteil zweiter Klasse zu beschaffen. Ein Sitzplatz war aber nicht vorhanden und der Kondukteur erklärte, daß er kein Recht habe einem Passagier seinen Sitzplatz zu entziehen. Uebrigens war das ein Kondukteur, der den betreffenden Wagen nicht bediente. Der „Würdenträger“ geriet ganz und gar aus dem Häuschen, als er das hörte und erklärte ganz kategorisch, daß ein Platz vorhanden sein muß, weil er ein hoher „Würdenträger“ auf der Eisenbahn ist. Der Kondukteur ging dabei nicht in die Knie und der „Würdenträger“ von der Eisenbahn geriet in Tollwut. Er versetzte dem Kondukteur einen Fußtritt in den Bauch und schlug ihn so wuchtig mit der Faust ins Gesicht, daß der Kondukteur die Besinnung verlor und zu Boden fiel. Als der Zug in Petrikau hielt, sprang der „Würdenträger“ aus dem Zuge und wollte verschwinden. Die „Würdenträger“ pflegen feig zu sein und wenn es ernst wird, so machen sie sich aus dem Staube. Diesmal hatte der „Würdenträger“ mit den flinken Beinen Pech gehabt, denn man setzte ihm nach und ein Polizeibeamter erwischte den ritterlichen Ausreißer und brachte ihn auf die Polizeiwache. Es stellte sich heraus, daß das ein Abteilungsleiter auf der Eisenbahn in Lodz war. Der mißhandelte Kondukteur mußte der Ambulanz zugeführt werden und war für die Weiterfahrt nicht mehr fähig.

Solche „Würdenträger“ gibt es in Polen in Hülle und Fülle. Sie stammen meistens vom Lande und machen die Schlachzizen nach. Der Krakauer „Blagierek“ hat schon recht, wenn er sich darüber aufregt und die Tat des „Würdenträgers“ als „asiatische Flegelei“ bezeichnet. Das sind wirklich asiatische Flegel, die so handeln. Die polnischen Landarbeiter könnten darüber ein Liedchen singen. Man kann sich lebhaft vorstellen, wie ein solcher „asiatischer Flegel“ mit den ihm unterstellten Arbeitern umspringt. Diese asiatischen Flegel machen uns dann entsprechende Reklame im Auslande. In der schlesischen Schwerindustrie haben wir auch solche, denn sie sind in Polen zu Hause. Hier verrichten sie die Antreibearbeit und erhalten dafür noch das Peitschengeld. Das Sanacjasystem schützt sie und lobt ihre Abstammung und der „Blagierek“ macht alles mit.

Die Budgetkommission bei der Arbeit

Am Sonnabend, vormittags um 10 Uhr, begann die Beratung der Budgetkommission, welcher der Abgeordnete Korfanty vorstand. Die Tagesordnung umfaßte das Budget für die Polizei. Hierzu war der Abgeordnete Dr. Rojek von der Wahlgemeinschaft als Referent bestimmt. Dieser, wie auch sein Vertreter Dr. Pant, zogen es vor, nicht zu erscheinen. Nun war Korfanty gezwungen, selbst zu referieren. Bei seiner Rede hob er das Gute und das Schlechte bei unserer Polizei hervor und kam zum Schluß auch auf die letzten Vorfälle in Kattowitz zu sprechen.

In der anschließenden Diskussion sprachen Sikora, Adamek und Kopocz. Auch der Abgeordnete Witczak nahm an der Diskussion teil, welcher in bezug auf die Kattowitzer Demonstration u. a. betonte, daß die Aufständischen die Genehmigung für den Straßenumzug von seiten der Polizei erhalten haben. Daraufhin sprach der Hauptkommandant Zoltassek als Vertreter der Polizei. Betreffs der Verhaltungsmaßnahmen der Polizei während Versammlungen und bei den kommenden Wahlen, gab Ryczkowski die nähere Instruktion. Als Abschluß der Sitzung wurde das Budget für die Polizei, bis auf die Ausgaben für die Kraftfahrzeuge, welche beschränkt wurden, in der Vorangabe angenommen. Auch sind die Zulagen für den Hauptkommandanten gestrichen worden.

Das neue Wahlschutzgesetz

Bei den letzten Sejmwahlen zum Warschauer Sejm 1928 wurden arge Mißgriffe, die von seiten der Staatsbeamten begangen wurden, festgestellt. Der Oberste Gerichtshof in Warschau hat eine Reihe von Sanacjamandaten wegen der Uebergriffe kassiert und Neuwahlen angeordnet. Ein großer Teil der Wahlbeschwerden konnte noch nicht erledigt werden und nachdem der Sejm aufgelöst wurde, werden sie nicht mehr geprüft. Daraufhin hat der Sejm ein Wahlschutzgesetz beschlossen, daß sich gegen den Amtsmißbrauch durch Staats- bezw. Kommunalbeamten richtete. Harte Strafen waren in dem Wahlschutzgesetz für jene Beamte vorgesehen, die ihr Amt zugunsten einer bestimmten Wahlgruppe mißberufen. Das Gesetz trug das Datum des 12. Februar 1930. Die Regierung hat das durch den Sejm beschlossene Gesetz durch eine Verordnung des Staatspräsidenten aufgehoben und im Verordnungswege ein neues Wahlschutzgesetz, bestehend aus 16 Artikeln, eingeführt. Die Verordnung des Staatspräsidenten droht mit schweren Gefängnisstrafen für Wahlmißbrauch bis zu 5 Jahren und zwar gegen alle Personen, die sich Wahlmißbrauch zu Schulden kommen lassen. Dabei wurde der Ausdruck „Staats- bezw. Kommunalbeamten“ ausgelassen und durch das Wort „Wer“ ersetzt. Der Artikel 1 lautet jetzt wie folgt:

„Wer entgegen dem Gesetze den Wahlausgang der Sejm- bezw. Senatswahlen zu beeinflussen sucht, insbesondere, wenn er die Wahllisten fälscht oder Stimmberechtigte wissentlich ausläßt, durch Hinterlist eine unrechtmäßige Aufstellung der Wählerlisten verursacht, die Wahlprotokolle beschädigt, versteckt, fälscht oder andere Wahldokumente fälscht, oder unberechtigterweise für eine ander Person stimmen geht, sich Mißbrauch bei Stimmenabgabe bezw. Stimmenzählung zu Schulden kommen läßt, wird mit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren bestraft. Einer gleichen Strafe unterliegen Personen, die durch Gewalt, Drohung der Hinterlist Wählerversammlungen stören oder die Wähler an der Abgabe der Stimmen zu hindern suchen, bezw. das Stimmenzählen zu verhindern suchen. Derselben Strafe unterliegen Personen die durch Bedrohung, Hinterlist und dergleichen den Wähler zu beeinflussen trachten, damit er für eine bestimmte Wahlgruppe seine Stimme abgebe oder aus der Wahl Vorteile für sich zieht bezw. den Wählern Vorteile in Aussicht stellte, wer Vorteile verlangt oder aus der Wahl Vorteile zieht, um dadurch das Wahlergebnis zu beeinflussen. Einer Gefängnisstrafe bis zu 1 Jahr oder einer Geldstrafe bis 5000 Zloty unterliegen Personen, die das Wahlgeheimnis verletzten. Wenn Beamte von Amtswegen Wahlmißbrauch begehen, so ist das Vergehen als erschwerend aufzufassen.

Tritt eine Gefängnisstrafe von mehr als 3 Monate ein, so kann das Gericht die Aberkennung des passiven und aktiven Wahlrechtes aussprechen, desgleichen die Bekleidung der öffentlichen Aemter durch die Dauer von 5 Jahren aussprechen.

Um die Aufklärung der Unglücksfälle auf den Gruben

Das Gutachten des Versuchsschachtes über Unglücksfälle — Nach dem Gutachten der Direktorposten — Richtige Leute an wichtige Stellen — Die Arbeiter wollen gehört werden

Vor 14 Tagen haben auf der Hillebrandgrube sechs Bergleute ihr Leben eingebüßt. Um dieselbe Zeit, auf derselben Grube haben vor einem Jahre 16 Arbeiter ihr Leben verloren. Ueber die Ursachen der beiden Katastrophen haben wir keine genügende Aufklärung erhalten. Was die letzte Katastrophe anbetrifft, wird davon erzählt, daß die Grubenverwaltung keine Schuld treffe. Dabei dürfte es bleiben und wir werden vergeblich auf weitere Erklärungen warten. Die Bergarbeiter sind tot, die Verwaltung trifft keine Schuld, wahrscheinlich hat das der liebe Gott so haben wollen, und damit ist die Sache erledigt, aber nicht für uns und überhaupt die Arbeiterschaft. Bei dieser Gelegenheit wollen wir auf eine Tatsache hinweisen, die nicht außer Acht gelassen werden darf.

In Nikolai haben wir einen Versuchsschacht, der Barbaraschacht. Auf dem Barbaraschacht werden verschiedene Versuche unternommen, wie am besten den Unglücksfällen auf den Gruben vorgebeugt werden kann. Die Erfahrungen, die dort gemacht werden, werden den Bergbehörden mitgeteilt, die dann die einzelnen Grubenverwaltungen veranlassen, entsprechende Sicherheitsmaßnahmen auf ihren Gruben, die zur Vorbeugung von Unglücksfällen führen können, einzuführen. Daraus müßte geschlossen werden, daß auf dem Versuchsschacht die fähigsten Leiter beschäftigt werden. Dem ist aber nicht so.

Der Direktor des Barbaraschachtes in Nikolai hat nach dem großen Unglück auf den Hillebrandschächten im vorigen Jahre ein Gutachten über das Unglück abgegeben. Wie das Gutachten ausgefallen ist, wissen wir nicht, aber derselbe Direktor wurde kurz darauf zum Direktor der Hillebrandschächte ernannt. Diese Tatsache allein läßt tief blicken und kann nur mit dem Tarnowskifall verglichen werden. Herr Tarnowski war auch Demobilmachungskommissar und sollte über die Sozialgesetze bezw. ihre Anwendung und Einhaltung durch die Arbeitgeber wachen. Er hat auch gewacht, und zwar in dem Sinne, daß er von den Arbeitgebern zum Direktor des Arbeitgeberverbandes ernannt wurde. Die schlesischen Arbeiter haben mit dne polnischen Sozialbeamten nicht viel Glück gehabt. Kehren wir jedoch zum „Barbaraschacht“ zurück.

Nachdem der gewesene Direktor des Barbaraschachtes zum Direktor der Hillebrandschächte ernannt wurde, ist die Direktorstelle in Nikolai freigeworden. Hier sollte der beste Fachmann ausgesucht werden müssen, denn es handelt sich um sehr wichtige Sachen. Die Zahl der Kandidaten war nicht klein, aber die meisten hatten keine oder ungenügende Protektion gehabt und ohne Protektion läßt sich heutzutage nichts anfangen, selbst wenn man die besten Zeugnisse hat. Zum Direktor der Versuchsgrube wurde überhaupt kein Fachmann aus der Kohlenbranche, sondern ein Beamter aus den Salzbergwerken Kalusz ernannt. Vielleicht ist der neue Direktor ein ganz tüchtiger Mensch, aber er mag noch so tüchtig sein, so nützt das nicht viel, wenn er auf einer Kohlengrube nicht Bescheid weiß. Wie es dann auf einem Versuchsschacht zugeht, wenn der Direktor kein Fachmann ist, kann man sich leicht vorstellen. Das darunter die Sicherheit auf den Kohlengruben zu kurz kommen muß, ist selbstverständlich.

Gegen ein solches System von Ernennung der leitenden Personen auf dem Versuchsschacht müssen die Arbeiter Protest erheben. Bis jetzt wurde immer so praktiziert, daß der Arbeitgeberverband einen Kandidaten vorschlägt und das Handelsministerium bestätigt ihn. So kann es für die Dauer nicht bleiben. Auch die Arbeiter müssen vor der Bestellung des Direktors für den Versuchsschacht gehört werden. Es handelt sich hier um ihre Gesundheit und um ihr Leben, also das teuerste Gut, über das ein Mensch verfügt.

Ankläger als Angeklagte!

Nachklänge zur Sprengung einer deutschen Wahlversammlung Wie kommen die Leute auf die Anklagebank?

Am verflossenen Sonnabend gelangte vor dem Kattowitzer Burggericht eine sehr interessante Prozeßsache zur Verhandlung. Angeklagt waren wegen Ruhestörung und Widerstand gegen Polizeigewalt zwei deutsche Versammlungsteilnehmer und zwar der Ober-Schichtmeister Reinhold **Pietsch** aus Brynow und der Beamte Fritz **Nickel** aus Kattowitz. Es ist unerklärlich, wie die beiden Personen überhaupt auf die Anklagebank kommen konnten. Ueber die Vorgeschichte der Angelegenheit ist jedenfalls folgendes zu berichten:

Am 6. Mai d. Js. wurde seitens der Deutschen Wahlgemeinschaft im Saale der Reichshalle (Sala Powstancow) in Kattowitz, infolge der herannahenden Wahl zum Schlesischen Sejm, eine Wahlversammlung einberufen und zwar unter Leitung des Abgeordneten Jankowski. Kaum, daß der Versammlungsleiter mit der Begrüßungsrede angefangen hatte, machte sich auch schon eine große Unruhe im Saale bemerkbar. Es erfolgten Zwischenrufe aller Art und danach sausten Stühle und Stöcke durch den Saal. Eine Anzahl Rowdies hatte sich in dem Saal eingefunden, die es sich zum Ziel setzten, die deutsche Versammlung von vornherein zu sprengen. Da der Tumult immer größer wurde, bemächtigte sich der Versammlungsteilnehmer eine große Erregung und Bestürzung. Alles eilte zu den Ausgängen, an denen ein großes Gedränge entstand. Einige Versammlungsteilnehmer, darunter die beiden jetzt Beklagten, forderten polizeiliche Hilfe. In dem Lärm und der allgemeinen Erregung kam es mit den auf dem Plan erschienenen Polizeibeamten, welche selbst aufgeregt waren, zu keiner Verständigung. Es wurde herumgestikuliert und schließlich mußten es Pietsch und Nickel zu ihrem größten Erstaunen erleben, da man sie einfach vorübergehend arretierte und aufforderte, den Weg zur Polizeiwache anzutreten. Das Vergehen der beiden Angeklagten soll nun in der Hauptsache darin liegen, daß sie sich widersetzten und zur Wache nicht mitgehen wollten.

Die beiden Beklagten verneinten irgendeine strafbare Handlung. Sie gaben an, daß sie bei der Polizei wegen Schutz interveniert hätten und es sich nicht erklären konnten, daß ihre Intervention einen solchen Ausgang nehmen würde. Den genauen Sachverhalt könnten sie nicht wiedergeben, da sich alles in dem Tumult abspielte und jeder Einzelne der Anwesenden erregt gewesen ist. Im ersten Moment wären sie, die Beklagten, verblüfft gewesen, als sie die Aufforderung erhielten, sich mit zur Wache zu begeben. Es wäre vielleicht doch möglich, daß sie sich ein wenig sträubten, den ungewohnten Gang anzutreten, umsomehr, da sie sich ja keiner Schuld bewußt gewesen sind. Ein Widerstand jedoch müsse als völlig absurde Anschuldigung hingestellt werden.

Nach Vernehmung der beiden Beschuldigten stellte Verteidiger Dr. **Ziolkiewicz** fest, daß der Teil der Anklage, in dem es sich um Ruhestörung handele, hinfällig werde, da ein bestimmter Zeittermin indessen verstrichen ist. Der Standpunkt des Verteidigers wurde seitens des Richters anerkannt.

Wesentliche und anderseits günstige Aussagen für die Beklagten Pietsch und Nickel machten die beiden, als Zeugen vernommenen Polizeibeamten vor Gericht. Einer von ihnen gab an, daß Pietsch, den dieser Beamte zur Wache bringen sollte, sich mit den Füßen und dem Körper gegen das Pflaster, bezw. den Bürgersteig stemmte, dagegen hätte er den Beamten in keiner Weise angegriffen oder sonst offensichtlich Widerstand geleistet. Der Richter selbst vertrat den Standpunkt, daß in einem solchen Falle gar kein Widerstand vorgelegen hat, sondern vielmehr eine Art passives Verhalten unter dem Eindruck der plötzlich aufeinanderfolgenden Geschehnisse. Nach den weiteren Erklärungen des Schutzmanns ist Pietsch dann freiwillig zur Wache mitgegangen, ohne sich weiter zu sträuben, vermutlich, weil er es für das Beste hielt, das Mißverständnis dort aufzuklären.

Der andere, gleichfalls als Zeuge vernommene Polizist, gab an, nicht viel zu Sache aussagen zu können. Ihm wäre der Auftrag zuteil geworden, Pietsch und Nickel nach der Wache zu schaffen. Widersetzlichkeiten hätten sich Beide nicht zuschulden kommen lassen. Nähere Angaben dürfte der Oberwachtmeister machen, der den Auftrag erteilte, die beiden Beklagten zur Wache zu bringen.

Das Gericht erachtete es für erforderlich, den Oberwachtmeister in dieser Angelegenheit als Zeugen zu hören und daher die Prozeßsache zu vertagen. Rechtsanwalt Dr. Ziolkiewicz will den Antrag auf Vorladung einiger Entlastungszeugen stellen.

y.

Vorbereitungsarbeiten für die diesjährige Kartoffelversorgung

Das Schlesische Wojewodschaftsamt geht z. Zt. an die Vorbereitungsarbeiten für die diesjährige Kartoffellieferung an die Arbeitslosen, sowie die Stadt- und Landarmen innerhalb der Wojewodschaft Schlesien heran. Zwecks Feststellung der eigentlichen Zahl der Kartoffelempfänger werden von maßgebender Seite seitens der Stadt- und Landgemeinden entsprechende Listen eingefordert.

y.

Kattowitz und Umgebung

Wichtig für Mannschaften des Jahrganges 1910!

Alle Mannschaften des Jahrganges 1910, sowie die Militärpflichtigen im Alter von 21 bis 23 Jahren, werden aufgefordert, in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November d. Js., die Anmeldungen, zwecks Eintragung in die Stammrolle vorzunehmen. In Frage kommen solche Personen, die sich bis jetzt weder zur Eintragung in die Stammrolle, bezw. vor der Musterungskommission eingefunden haben und innerhalb des Bereichs von Groß-Kattowitz ständig wohnhaft sind, oder nur vorübergehend wohnen, jedoch einen anderen, ständigen Wohnsitz nicht aufweisen können.

Zu melden haben sich:

Mittwoch, den 1. Oktober Mannschaften mit den Anfangsbuchstaben A bis B, Donnerstag, den 2. Oktober mit den Buchstaben C bis D, Freitag, den 3. Oktober E bis F, Sonnabend, den 4. Oktober G, Montag, den 6. Oktober H bis J, Dienstag, den 7. Oktober K bis Kn, Mittwoch, den 8. Oktober Ko bis Kz, Donnerstag, den 9. Oktober L

bis L, Freitag, den 10. Oktober M, Sonnabend, den 11. Oktober N bis O, Montag, den 13. Oktober P, Dienstag, den 14. Oktober R, Mittwoch, den 15. Oktober S, Donnerstag, den 16. Oktober St bis Sz, Freitag, den 17. Oktober T bis V, Sonnabend, den 18. Oktober W, sowie Montag, den 20. Oktober Mannschaften mit dem Anfangsbuchstaben Z.

Vorzunehmen sind die Anmeldungen auf Zimmer 23 des städtischen Militärbüros (Biuro Wojskowe) im Rathaus Bogutschütz auf der ulica Krakowska 50 und zwar werktäglich in den Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, an den Sonnabenden von 8 Uhr vormittags bis ½2 Uhr nachmittags.

Bei der Anmeldung sind seitens der Militärpflichtigen sämtliche erforderlichen Personalausweise, einschließlich der Geburtsurkunde vorzulegen. Für jeden Fall müssen die außerhalb Kattowitz geborenen Meldepflichtigen die Geburtsurkunde beibringen. Erforderlich sind folgende Ausweise: 1. Zeugnis über die Lehrzeit bezw. abgeschlossene Berufsausbildung, ferner 1 Schulzeugnis, sowie der Ausweis, welcher bei erfolgter Registrierung des Jahrganges 1910 im Jahre 1928 ausgehängt wurde.

In der Zeit vom 21. Oktober bis 30. November können Anmeldungen von solchen Personen vorgenommen werden, welche aus entschuldbaren Gründen an den näher bezeichneten Terminen die Anmeldung nicht vornehmen können.

Zwecks Richtigstellung evtl. Irrtümer bei der Listeneintragung wird die Stammrolle über die erfolgte Eintragung der Mannschaften des Jahrganges 1910 ab 1. Januar 1931 für den Zeitraum von 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf Zimmer Nr. 19 des Militärbüros ausgelegt. y.

Bau eines 6stöckigen Eisenbahnerwohnhauses. Im Auftrage der Kattowitzer Eisenbahndirektion geht man z. Zt. auf dem freien Platz an der ulica Slowackiego in Kattowitz an den Bau eines 6stöckigen Eisenbahnwohnhauses heran. Die Bauarbeiten, zu welchen etwa 30 bis 40 Arbeitslose herangezogen wurden, führt die Baufirma Schalscha aus. Mit den Erdarbeiten ist vor etwa 4 Wochen begonnen worden. y.

Kattowitz erhält eine landwirtschaftliche Produktenbörse. Das Ministerium für Handel und Industrie beabsichtigt in den nächsten Tagen in Kattowitz eine landwirtschaftliche Produktenbörse zu gründen. Die Börse soll vorübergehend in der Ausstellungshalle im Südpark untergebracht werden. Die Schlesische Landwirtschaftskammer, sowie das Wojewodschaftsamt haben sich seit mehreren Jahren um die Gründung, bezw. Eröffnung einer solchen landwirtschaftlichen Produktenbörse bemüht. Die Börse wird die Preise für den inländischen Bedarf und für Lieferungen in das Ausland, regeln. De vorübergehende Leitung soll ein Regierungskommissar übernehmen. y.

Ein „Taschenkünstler“ vor Gericht. Als ein gerissener Gauner entpuppte sich der frühere Angestellte Rubin M. aus Warschau, welcher von Zeit zu Zeit in Kattowitz und Umgegend „Gastspiele“ gab, um dann wieder, und zwar, wenn ihm der oberschlesische Boden zu heiß wurde, schnellstens zu „verduften“. Im Monat Juni d. Js. versuchte M. am Kattowitzer Bahnhof erneut, diesmal zum Schaden des Gutsbesitzers B. Albinowski aus Belk, einen Taschendiebstahl zu verüben. Der Dieb wurde rechtzeitig bemerkt und der Polizei übergeben. Vor Gericht verlegte sich der Angeklagte aufs Leugnen, wurde jedoch durch Zeugenaussagen belastet. Aus dem Strafregister war zu entnehmen, daß der Beklagte bereits 9 mal vorbestraft ist. Nach der Beweisaufnahme wurde M. wegen versuchten Taschendiebstahl zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt. y.

Eichenau. (Abtragung der Halde.) Die Kattowitzer Aktiengesellschaft hat die Aschenhalde der im Jahre 1928 eingestellten Georgsgrube in Eichenau aufgekauft, um diese äußerst große Halde für den bergbehördlichen vorgeschribenen Schlammversatz möglichst günstig zu verwerten. Der Schlammversatz des Normaschachtes der Ferdinandgrube, welcher in kurzer Zeit in seinem Gelände mit Georggrube Verbindung erhalten muß, ist derartig günstig gelegen, daß ein Ankauf der Halde von Georggrube bergtechnisch und sozial ein anerkennenswerter Gedanke ist. Der Flächen- und Kubikmeterinhalt beträgt annähernd 1 680 000 Kubikmeter. Durch die Abtragung dieser äußerst überflüssigen Aschenhalde würde die Gemeinde Eichenau einen Ackerkomplex von ungefähr 180 Morgen Feld gewinnen, vorausgesetzt, daß die Halde bis auf den Mutterboden abgetragen wird. Mit der Abtragung der Georggrube, welche allerdings langsam vor sich geht, dürfte die obengenannte Fläche nicht als Ackerbaufeld, sondern planmäßig als Baugelände der Gemeinde verwendet werden, wie es im Plan des derzeitigen Gemeindevorstehers liegt. Nach Ansicht der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstehers Kosma, liegt die zukünftige Entwicklung in der Nähe des Bahnhofes. Wir wünschen zu diesem Projekt das beste Gelingen. R. B.

Königshütte und Umgebung

Die Einschnürung der Gemeinde Neuheiduk.

Die Einwohner von Neuheiduk können berechtigt in den Ruf ausbrechen: „Ringsum fremdes Land“. Hier Königshütte, dort Schwientochlowitz und daneben Bismarckhütte, inmitten aber, umgeben von Bruchfeldern, etwa 7 000 Menschen zu einer Gemeinde zusammengepfercht. Die bisherigen Bemühungen, aus dieser Umschnürung herauszukommen, waren trotz des vor etwa 2 Jahren gefaßten Beschlusses der Gemeindevertretung, zu Königshütte eingemeindet zu werdn, noch nicht von Erfolg gekrönt. Durch die Einstellung des Piastschachtes (Früher Bismarckschacht) hat die Gemeinde einen beträchtlichen Steuerausfall erlitten, wozu sich obendrein noch die dadurch vermehrte Arbeitslosigkeit stark bemerkbar macht. Naturgemäß kann die weitere Entwicklung der Gemeinde nicht aufgehalten werden, denn die Bevölkerung nimmt von Jahr zu Jahr im Gleichklang mit der umliegenden Industrie, dauernd zu, sie will wohnen, braucht neue Häuser, ganze Straßenzüge im Laufe der kommenden Jahre, neue Ortsteile, benötigt weitere Kanalisation, hat Grünanlagen sehr notwendig, kurz gesagt, die Gemeinde muß mit aller Kraft nach einer Vergrößerung des Gemeindegebietes streben. Wir glauben annehmen zu können, daß die beschlossene Eingemeindung zu Königshütte, die Gemeinde aller Sorgen beheben würde.

In der Gemeinde wohnen auf 85 Hektar 6346 Einwohner, was reichlich hoch anzusehen ist. An Straßen besitzt die Gemeinde 3331 Kilometer, davon sind 998 Kilometer gepflastert, Chausseen sind 693 Kilometer vorhanden, Feldwege 1642 Kilometer. An kanalisierten Straßen sind 850 Kilometer, Wasserleitungen 3331 Kilometer vorhanden. Das ordentliche Budgets beträgt 188 000 Zloty, das außerordentliche 65 000 Zloty. Der Wert der Gemeinde wurde auf 350 000 Zloty geschätzt. Die Verschuldung ist minimal. In der Gemeindeverwaltung sind 11 Beamte und Angestellte, sowie 10 Arbeiter beschäftigt. An Bauten wurde in diesem Jahre nur die neue Volksschule ausgeführt. m.

Wohnungsmangel und Eingemeindungs-Fragen in Königshütte

Immer weniger Bauplätze zur Ausführung von Bauten — Die Bauplätze werden immer teurer — 2000 Wohnungssuchende in der Stadt

Die Stadt Königshütte bemüht sich seit Jahren um die Eingemeindung der Ortschaften Chorzow und Neuheiduk. Vor längerer Zeit wurde in dieser Angelegenheit eine Denkschrift an die Wojewodschaft gesandt, in der die unhaltbaren Verhältnisse ausführlich geschildert wurden. In bezug auf das Baugelände steht die Stadt Königshütte am schlechtesten in der Wojewodschaft Schlesien da. Die Bevölkerungsdichte (über 90 000 Einwohner) ist hier am größten und übersteigt fast das vierfache der westeuropäischen Industriezentren. Darum kann von einer Behebung des großen Mangels keine Rede sein. Ebenso ist auch an die Schaffung von Gärten und Spielplätzen sowie Parkanlagen für die Kinder nicht in dem Maße, wie es sein sollte, zu denken. Und dennoch sind die erwähnten Anlagen für die vielen tausenden Kinder, die in der verräucherten Stadt aufgezogen werden, sehr notwendig.

Dieser Umstand liegt schon in der Entstehung der Stadt begründet und ist eine weitere Folge der in verhältnismäßig kurzer Zeit stattgefundenen ungeheuren starken Entwicklung des Ortes. Als im Jahre 1869 durch die Vereinigung von sieben Arbeiterkolonien und Dominialniederlassungen, die zusammen ein Gebiet von 617 Hektar umfaßten, die junge Stadt gegründet wurde, zählte sie bereits 13 000 Einwohner. Damals war es schwer anzunehmen, daß die Stadt sich so schnell nach amerikanischem Muster entwickeln und die Einwohnerzahl 50 000 erreichen wird, und die nun jetzt gezwungen sind, auf dem gleichen Gebiet zu wohnen. Von diesem erwähnten Gebiet sind bereits 220 Hektar mit Häusern bebaut. Der Rest von nicht ganz 400 Hektar unbebauten Raumes entfällt auf Straßen und Wege von insgesamt 50 Kilometer Länge, ferner auf öffentliche Plätze, Bahngelände, Schutthalden, Lagerplätze usw. Außerdem sind sehr viele Bauplätze infolge des Grubenabbaues für viele Jahre nicht für Bauzwecke geignet. Den Berechnungen nach, beträgt das für Häuserbau geeignete Gelände in der Stadt etwa 55 Hektar, wo von ungefähr 40 Hektar auf die Industrie entfallen und nur zirka 15 Hektar der Stadt und Privatpersonen zur Verfügung steht. Weil, wie schon oben erwähnt, die den Gruben und Hütten gehörigen Parzellen für viele Jahre als Baugelände nicht in Frage kommen, so reichen die 15 Hektar, auch bei dem rationellsten Ausbau der Stadt nur für einige Jahre aus. Wenn jetzt nicht andere Möglichkeiten und das kann nur durch die Eingemeindung geschaffen werden, um eine Ausdehnung der Stadt zu ermöglichen, dann steht die Stadt in einigen Jahren vor einem unlösbaren Rätsel.

Wenn Vorkehrungen für eine rationelle Bauwirtschaft getroffen werden, ist auch eine weitere Entwicklung der Stadt zu berücksichtigen, weshalb eine bestimmte Anzahl von Bauplätzen für öffentliche Gebäude, wie Gericht, Schulen, Badeanstalt usw. freigelassen werden müssen. Durch diese ständige Abnahme von Baugelände wird eine weitere natürliche Erscheinung hervorgerufen, nämlich ein fortwährendes Anziehen der Bodenpreise, was nicht minder von sehr nachteiligen Auswirkungen auf die Baukalkulation ist und nicht selten auf die private Bauinitiative direkt hindernd wirkt. Also auch mit Rücksicht darauf ist die Beschaffung von billigem Baugelände unbedingt notwendig. Das gegenwärtige Hochziehen der Häuser durch Aufstockungen usw. bedeutet nur einen Tropfen auf den heißen Stein, zumal alle Häuser dafür nicht verwandt werden können, weil u. a. die Grundmauern dafür nicht geeignet sind. Erschwerend wirkt noch, daß verschiedenes Gelände und Häuser anderer Gemeinden, wie Bismarckhütte, Schwientochlowitz, in die Stadt hineinragen. Aus diesem Grunde plant der Magistrat an die Wojewodschaft erweiternd an die Denkschrift heranzugehen, indem ein Einbeziehen dieses Geländes zur Stadt gefordert wird. Diese wird ganz besonders bei dem neuen Kasernenbau eintreten müssen, wenn die Kasernen nicht auf Schwientochlowitzer Boden zu stehen kommen sollen, nachdem die Stadt für den Bau die Garantie übernommen hat.

Aus allen diesem ist es bekannt, daß der Wohnungsmangel in der Stadt ein notorischer ist. Es muß wieder angebracht werden, daß die Wohnverhältnisse von etwa 50 Prozent der Einwohner nicht einmal den einfachsten Anforderungen der Hygiene entsprechen und die aus moralischen Gründen nach Abhilfe schreien, denn es ist unzulässig, daß in einer Stube und Küche bis 14 Personen beiderlei Geschlechts aus verschiedenen Ehen wohnen. Das sind Zustände, die in vielen Familien herrschen, aber vergeblich seit Jahren einer Abhilfe entgegensehen. Hier liegen auch die Brutstätten der verschiedensten Krankheiten.

In Königshütte sind etwa 2000 Wohnungssuchende mit fast 7000 Familienmitgliedern, die seit mehreren Jahren auf eine Wohnung warten und noch für Jahre hinaus keine Aussicht haben, eine solche zu erhalten, vorhanden. Da die Zahl der Familienmitglieder ständig im Anwachsen begriffen ist, so würden schon zetzt 4000 Räume benötigt, um die Mängel zu beheben. Die Stadtverwaltung sieht dennoch keine Möglichkeit einer Bekämpfung des verheerenden Wohnungsmangels, schon aus diesem Grunde, weil sie nicht weiß, wo die vielen notwendigen Häuser ihren Standort erhalten sollten. Und wie soll es noch in 10 Jahren aussehen, wenn sich die Bevölkerungsdichte noch um einige Tausend steigern wird.

Die ganze Angelegenheit kann nur durch die Nachbargemeinden gelöst werden, indem sie das erforderliche Baugelände zur Verfügung stellen, und zwar durch eine Eingemeindung. Anderenfalls ist eine blühende Stadt zum langsamen Absterben verurteilt und die Bevölkerung großen Verlusten an Gesundheit und Moral ausgesetzt. Die Vorteile, welche den in Frage kommenden Gemeinedn Chorzow und Neuheiduk durch die Eingemeindung entstehen würden, sind mannigfacher Art. Darum werden die Behörden Mittel und Wege finden müssen, um der sich immermehr entwickelnden Stadt Königshütte das zu geben, was sie benötigt, damit ihre Bürger nicht im Wohnungselend versinken. Trotzdem die Gemeinde Neuheiduk schon längst in einer Gemeindevertretersitzung beschlossen hat, sich der Stadt Königshütte anzuschließen, ist von weiteren Taten der Behörden nichts zu spüren. m.

Apothekendienst. Den Nachtdienst versehen in dieser Woche im südlichen Stadtteil die Marienapotheke, an der ulica Wolnosci-Szpitalna, im nördlichen Stadtteil die Florianapotheke, an der ulica 3-go Maja. m.

Listenauslegung für die Sejm- und Senatswahlen. Nach einer Mitteilung werden die Wählerlisten für den Stadtbezirk Königshütte vom 27. September ab in den 35 Wahllokalen zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt. Von dieser Zeit ab, ist es Pflicht jedes wahlberechtigten Bürgers, der am 30. August das 21. Lebensjahr erreicht hat, sich davon zu überzeugen, ob er in der Wählerliste eingetragen ist, um nicht seines Wahlrechtes am 16. und 23. November verlustig zu gehen. m.

Deutsches Theater. Die diesjährige Spielzeit wird in Königshütte mit Leo Falls Schlageroperette „Die Dollarprinzessin“ am Freitag, den 3. Oktober, eröffnet. Der Vorverkauf beginnt am Sonntag, den 28. September. Verbilligte Karten gibt es nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. Eine Erhöhung der Eintrittspreise wird nicht vorgenommen. Das Theaterbüro im Graf Reden ist zwecks Aufnahme von Mitgliedern werktäglich von 10 bis 13 und 16,30 bis 18,30 Uhr geöffnet. Telefon 150. Für das Schauspiel-Abonnement sind noch einige gute Plätze abzugeben.

Kostenlose Schutzimpfung. Nach einer Mitteilung des Magistrats unterliegen Kinder, die im ersten Lebensjahre stehen und auch solche, die noch nicht geimpft wurden, einer Schutzimpfung, die seitens der Stadt kostenlos vorgenommen wird. Genannte Kinder des südlichen Stadtteils müssen am 22. und 23. September, von mittags 12 Uhr ab, im „Dom Polski“ an der ulica Wolnosci, dem Arzt zugeführt werden, ferner Kinder des nördlichen Stadtteils, im Saale des Volkshauses, an der ulica 3-go maja 6, am 24., 25., 26. und 27. September, gleichfalls von mittags 12 Uhr ab. Die Nachschau erfolgt in beiden Fällen eine Woche später, zur gleichen Zeit und an denselben Stellen und zwar für den südlichen Stadtteil am 29. und 30. September, für den nördlichen Stadtteil am 1., 2., 3. und 4. Oktober. Eltern und Erziehungsberechtigte, die trotz dieser Aufforderung, ihre Kinder zu der kostenlosen Schutzimpfung nicht stellen, werden im Verordnungswege mit 20 Zloty Geldstrafe oder 14 Tage Arrest bestraft. m.

Beigelegter Streik. Der vor einigen Tagen im städtischen Schlachthof wegen Lohndifferenzen unter den Gesellen ausgebrochene Streik, wurde zu Gunstn der letzteren am Sonnabend beendet, womit die üblichen Schlachtungen wieder aufgenommen wurden. m.

Unglücksfall. Der in der Weichenfabrik beschäftigte Transportarbeiter Johann Kalla, wurde beim Transportieren von Eisenbahnschienen am rechten Fuß derart schwer gequetscht, daß seine Ueberführung nach Anlegung eines Notverbandes, mittels Sanitätswagens in das Knappschaftslazarett in Königshütte erfolgen mußte. m.

Anschaffung einer neuen Straßenwalze. Um der hohen Leihgebühren, die alljährlich etwa 13 000 Zloty betrugen zu entgehen, haben die städtischen Körperschaften die Anschaffung einer eigenen Straßenwalze beschlossen. Dieselbe wurde nun dieser Tage von der Eintrachthütte zum Preise von 47 400 Zloty geliefert. Die Walze, die von einem 16/18 P. S.-Motor angetrieben wird, hat ein Gesamtgewicht von 14,1 Tonnen. Als Neuerung hat die Straßenwalze einen Straßenaufreißer der sich besonders bei der Instandsetzung der Straße um das städtische Krankenhaus gut bewährt hat. m.

Chorzow. (Vereitelter Selbstmord eines Dienstmädchen.) Einen Selbstmordversuch unternahm das 21jährige Dienstmädchen Luzie Cz. durch Einehmen von Lysol. In bewußtlosem Zustand wurde die Lebensmüde nach dem Gemeindespital überführt. Das Motiv zur Tat ist z. Zt. unbekannt.

Siemianowitz

Deutsche Volksbücherei. Die Deutsche Volksbücherei Laurahütte befindet sich im Evangelischen Gemeindehaus (Eingang durch den Garten) und wurde durch Neueinstellung von fast 100 Büchern ausgebaut. Sie ist jedermann zugänglich. Die Ausleihstunden sind folgende: Mittwoch und Sonnabend von 5 bis 7 Uhr. Je reicher die Nutzung der Bücherei seitens der Laurahütter deutschen Bevölkerung ist, desto intensiver wird der Ausbau vorgetrieben werden können.

Es blieb dabei. Die Antipathie der Fortbildungsschüler gegen den Abendunterricht ist allgemein bekannt. Der Fortbildungsschüler Alfred W. aus Siemianowitz, schwänzte den Unterricht ganz ausnahmsweise oft. Er legte gegen die darauf folgende ziemlich hohe Geldstrafe beim Sond Grocki Protest ein. W. behauptete, die Schule nicht besucht haben zu können, weil er von einem Lehrer derartig verprügelt worden wäre, daß er mehrere Tage krank liegen mußte. Die Beweisaufnahme ergab, daß sich die Jungens untereinander geprügelt hatten und der Lehrer dann allerdings auch schlichtend eingreifen mußte. Es blieb bei der Geldstrafe, mit Rücksicht auf das jugendliche Alter des W., andernfalls ihm 5 Wochen Gefängnis sicher gewesen wären.

Vor weiteren Entlassungen. Wie verlautet, sind ab 1. Oktober weitere Kündigungen von Angestellten und Beamten in der Laurahütte vorgesehen. Es kommen aber vorwiegend ältere, pensionsfähige Angestellte in Frage.

Ein „Pechvogel“. Es wird den Marszalewski von hier, der wegen Bettelei, Landstreicherei sowie Diebstahl schon 16 mal vorbestraft ist, zwar nicht gerade sonderlich schmerzen, daß ihm der Richter, der ihn neuerdings wegen Landstreicherei zu 14 Tagen Gefängnis verurteilte, noch eine Art unverdiente Zusatzstrafe von 3 Tagen lediglich deswegen zudiktierte, weil die Ueberweisung nach dem Arbeitshaus in Lublinitz nicht unmittelbar vor sich geht, sondern sich um einige Tage verzögert. Die Sache lag nämlich so, daß die 14 Tage Haft durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden und M. eigentlich am Sonnabend das Gefängnis hätte verlassen können. Wie gesagt, viel daraus machen wird sich der M. aus der Zusatzstrafe zwar nicht, aber doch im Stillen sagen, daß er ein besonderes Pech hat. Im Uebrigen hatte er sich mit einem gewissen Oslislok noch wegen groben Unfug und Widerstand zu verantworten. Die beiden Kumpane sollen in betrunkenem Zustand in einer Suppenküche antistaatliche Lieder gesungen und bei der späteren Festnahme der Polizei gegenüber Widerstand geleistet haben. Dafür bekamen die beiden, von den O. auch schon oft und zwar 12 mal vorbestraft war, je 1 Monat Gefängnis. y.

Standesamtliches. In der Zeit vom 13.—19. 9. sind geboren: 14 Knaben und 8 Mädchen. Gestorben sind 9 Personen.

Unglücksfälle. Auf Maxgrube verunglückte der Monteur Rudolf Kozak durch Absturz vom Gerüst. Er trug eine Kopfverletzung und Bruch des rechten Armes davon, worauf er ins Knappschaftslazarett eingeliefert wurde. — Beim Spielen im Schulhofe stürzte der 7jährige Schüler Schywek aus Siemianowitz und brach den rechten Arm.

Diebstähle. Eine dreiköpfige Gesellschaft hat sich die Aufgabe gestellt, verschiedenen Böden Besuche abzustatten. Sie entwendete der Familie Ch. von der Beuthenerstraße sämtliche Wäschestücke vom Boden. Zwei Diebe konnten gefaßt werden, der dritte ist flüchtig. — Ein Autoliebhaber ohne Auto stahl dem Klempnermeister Dziuba Werkzeuge und verkaufte diese weiter. Der Dieb wurde gestellt. Das Werkzeug konnte zurückerstattet werden.

Myslowitz

Rosdzin. (Frecher Ueberfall.) Auf der ul. Hallera wurde der Bäcker Johann Manowski von zwei Wegelagerern angefallen und bestohlen. Einer der Täter versetzte dem Ueberfallenen mehrere wuchtige Schläge auf den Kopf. Den Banditen gelang es unerkannt zu entkommen. Die Polizei hat die Ermittelungen nach den Tätern aufgenommen.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Paulsdorf. (Von einem Zug erfaßt und schwer verletzt.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich an der Eisenbahnunterführung, und zwar in der Nähe der Schlackenhalde zwischen Kochlowitz und Schwarzwald. Dort wurde von einem heranfahrenden Personenzug der 21jährige Eisenbahner Alois Gwodz erfaßt und am Kopf sehr schwer verletzt. Es erfolgte seine Ueberführung in das Spital, wo den Verunglückten die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde. r.

Friedenshütte. (Schwerer Einbruch in ein Schulgebäude.) Zur Nachtzeit drangen 3 Täter, nachdem sie die Fenstergitter gewaltsam entfernten, in die Kellerräume der Volksschule ein. Dort stahlen die Eindringlinge u. a. 43 Stück Suppenlöffel, 41 Teelöffel, sowie eine Fleischmaschine. Die Polizei nahm sofort die Verfolgung nach den Tätern auf und es gelang, dieselben in Sosnowitz festzunehmen. Es handelt sich um die Brüder Heinrich und Theodor Kania, sowie den Leo Jaworski aus Morgenroth. r.

Groß-Piekar. Der Schwientochlowitzer Kreisarzt hatte in 18 Fällen in Groß-Piekar Bauchtyphus festgestellt, in Scharley wurde ein Fall zur Feststellung gebracht. Maßnahmen gegen die Verbreitung wurden getroffen. m.

21. polnische Staatsklassenlotterie

V. Klasse — 10. Tag

10 000 Zł gewann Nr. 138250.

5000 Zł gewann Nr. 22411.

3000 Zł gewannen Nr. 23898 31648 162782 195484.

2000 Zł gewannen Nr. 105225 194936.

1000 Zł gewannen Nr. 3083 6944 15950 26972 79470 149816 189099 209918.

600 Zł gewannen Nr. 2326 6827 11845 32724 37186 46362 56382 62602 80913 89022 94754 103146 117411 131816 164255 164483 165133 167496 185270 189928 191041 191958.

500 Zł gewannen Nr. 3718 8551 9923 11607 12912 13836 14664 16243 16396 16774 18678 19862 19996 20065 21653 25887 28136 28947 33153 34017 39842 40688 40993 45075 46811 53720 54823 60669 65157 65375 68125 69239 69556 72308 73493 76360 77443 81321 83903 84431 86264 86458 89022 89859 94564 98920 99407 104330 106544 107021 108460 110008 110487 120484 124724 129427 129860 133616 135363 138523 139816 143542 144265 145881 151598 152002 154191 156618 156789 157066 158298 163420 163704 165216 166676 167251 168388 168588 172021 177152 178415 178190 179848 185706 190282 195659 200287 200756 201183 202620 202929 203947 203705 204636.

Nach der Unterbrechung:

5000 Zł gewannen Nr. 12868 200591.

3000 Zł gewannen Nr. 105338 111819.

2000 Zł gewannen Nr. 2779 83992 91880 158325 196040.

1000 Zł gewannen Nr. 15376 36083 54463 81361 84258 103420 107296 113714 114782 124036 141523 145269 192563.

600 Zł gewannen Nr. 1197 7352 18299 51678 60579 61383 69898 78470 80712 102758 104042 106555 108659 123152 134505 140697 142903 160503 171467 172724 179127 183802 207295.

500 Zł gewannen Nr. 4298 4697 21748 24088 25471 33597 37396 41924 44672 46698 52672 52852 55443 57666 61020 62368 63956 71354 72242 76245 80075 83354 84920 87156 87920 89610 92005 95397 97495 97793 109436 120452 122843 124955 129245 130990 134701 135544 137971 139191 140269 142380 142426 148981 154248 158145 158437 158713 159943 160172 160377 166448 166560 167123 169795 171296 177285 179765 181511 181638 184011 188231 189319 205362.

Sport vom Sonntag

1. F. C. Kattowitz — K. S. Domb 3:0 (2:0) abgebrochen.

Wieder ist durch die Schuld eines Schiedsrichters ein anfänglich schönes Spiel ausgeartet und zum Schluß abgebrochen worden. Schlimm war es schon, das der vom Verband bestellte Schiedsrichter nicht erschienen ist und beide Parteien unter Leitung eines Domber Unparteiischen, selbstverständlich unter Protest, den Kampf aufnahmen. Anfänglich war es ein wirklich schönes Spiel, was aber dann, als die Spieler etwas mehr Dampf einlegten, teilweise sehr roh wurde, da der Schiedsrichter vollkommen den Kopf verlor und die unmöglichsten Entscheidungen fällte und dadurch beide Parteien benachteiligte. Bis zur Pause lagen die Kattowitzer schon mit 2—0 in Führung, um dann kurz nach der Halbzeit noch ein Tor zu erzielen. 17 Minuten vor Schluß kam dann der Spielabbruch. Ein Spieler versuchte seinen Gegner abzudecken, wobei beide unter die Barriere stürzten und sich dort anfingen, die Schienbeine zu polieren. Durch diesen Vorfall und den unmöglichen Schiedsrichter wurde auch das Publikum nervös und fing an, zu schreien und Drohungen auszustoßen. Um nun dem Ganzen einen würdigen Abschluß zu geben, brach der Schiedsrichter das Spiel ab. Es sei hier ausdrücklich betont, daß keine der beiden Mannschaften die Schuld an diesem Ausgang des Spieles trägt.

Slonsk-Schwientochlowitz — 06-Myslowitz 6:2 (5:0).

Eine empfindliche Niederlage mußten die Myslowitzer mit nach Haus nehmen. Allerdings soll der Schiedsrichter, ein Herr aus Schwientochlowitz, sehr einseitig gewesen sein. Durch den anhaltenden Regen war der Platz nicht in einem gerade besonders spielfähigen Zustande.

Zgoda-Bielschowitz — Deichsel-Hindenburg 4:1 (2:1).

Einen beachtenswerten Erfolg konnten die Bielschowitzer über die zur deutsch-oberschlesische Liga gehörende Deichselelf erzielen. Trotz des aufopfernden Spiels der Gäste, konnten sie jedoch dem Ansturm Zgodas nicht Einhalt gebieten und mußten sich diese Niederlage gefallen lassen.

07-Laurahütte — Hakoak-Bielitz 5:2 (2:2).

Einen verdienten Sieg holten sich die 07 im fälligen Meisterschaftsspiel in Bielitz gegen die sehr aufopfernd spielende Hakoah. Trotz des schweren Bodens fanden sich die Laurahütte sehr gut zusammen, so daß die Hakoah für sie keinen ernsten Gegner abgab.

Ruch-Bismarckhütte — Naprzod-Lipine 2:2 (2:0).

Ein mäßiges Spiel lieferten diesmal die Ligisten. In der ersten Halbzeit waren sie wohl in Führung, konnten aber nach dem Seitenwechsel den Vorwärtsdrang der Lipiner nicht aufhalten. Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre Naprzod der Wurf gelungen, die Ligaelf mit einer Niederlage nach Haus zu schicken. Lipine waren Nastulla und Komor und für Ruch Sobota und Peterek erfolgreich.

Am Sonnabend spielte Ruch gegen Makkabi-Krakau. In diesem Spiel mußte Ruch eine empfindliche 4:2 Niederlage hinnehmen. Die Krakauer überrumpelten ihren Gegner und legten in kurzer Zeit 3 Tore vor und zogen dann den größten Teil in die Verteidigung zurück, um den Vorsprung zu halten, was ihnen auch zum Teil gelang.

Emanuelssegen — Unia-Kosztow 4:0 (2:0).

Auf dem Emser Sportplatz standen sich obige Gegner in einem Freundschaftsspiel gegenüber und welches Ems nur mit 8 Mannspiel, für sich entscheiden konnte.

Slovian-Zawodzie schlägt 20-Bogutschütz 9:1 (2:1).

Wenn es auch der Wettergott mit Slovian nicht gut gemeint hatte und es zu ihrem 5 jährigen Jubiläum den ganzen Tag regnen ließ, so können sie mit ihrem sportlichen Erfolg vollauf zufrieden sein. Daß es den zur B-Liga gehörenden Slovianern gelingen wird, ihren zur A-Klasse gehörenden Lokalrivalen so hoch zu schlagen, hätte wohl niemand gedacht. Bogutschütz war einfach machtlos gegen die mit einem Feuereifer spielenden Slovianer und mußte sich den großen Torreigen gefallen lassen.

22-Eichenau — Orzel-Josefsdorf 3:4 (1:2).

Im zweiten Pokalspiel, welches am Slovian-Platz stattfand, konnten die Adler mit viel Glück einen knappen Sieg erzielen.

Pogon-Friedenshütte — Kresy-Königshütte 3:1 (1:1).

Den Friedenshüttern gelang es, die komplett angetretene A-Klassenelf nach einem schönen flotten Kampf zu schlagen. Allerdings hatte auch das Spiel sehr unter dem ungünstigen Wetter zu leiden. Wenn man bis zur Halbzeit einen ausgeglichenen Kampf zu sehen bekam, so änderte sich das Bild nach dem Wiederanstoß. Die Pogoner, die sich in einer blendenden Form befanden, beherrschten nun vollkommen das Feld und gewannen verdient.

Amatorski-Königshütte — Orzel-Josefsdorf 2:1 (1:1).

Auf dem Orzelplatz begegneten sich obige Gegner im Spiel um die Gruppenmeisterschaft und welches Amatorski auf dem sehr heißen Josefsdorfer Boden nach hartem Kampf für sich entscheiden konnte. Das Spiel selbst war ausgeglichen und erst 5 Minuten vor Schluß gelang es den Amateuren den Siegestreffer zu erzielen. Trotz des andauernden Regens wohnt dem Spiel fast 2000 Zuschauer bei.

Sparta-Piekar — 1. K. S.-Tarnowitz 6:3 (3:1).

Infolge schweren Bodensstand das Spiel auf keinem hohen Niveau. Trotzdem war die Sparta dauernd überlegen und gewann das Spiel verdient.

Wawel-Neudorf — Stadion-Königshütte 5:0 (5:0).

Einen schönen Erfolg erzielte Wawel über die spielstarke Stadionelf.

Stadion-Nikolai — Diana-Kattowitz 2:1 (1:0).

Ein sehr scharfes, ja zeitweise direkt bontales Spiel brachte den Einheimischen einen schwer erkämpften Sieg.

Radrennen in Bismarckhütte.

Das am gestrigen Sonntag in Bismarckhütte ausgefahrene Radrennen um die Mannschaftsmeisterschaft von Oberschlesien, brachte nicht das, was man sich von dem Rennen versprach. Infolge des anhaltenden Regens war die Rennstrecke sehr aufgeweicht und stellte an die Fahrer sehr starke Anforderungen. Diesem Umstand ist es wohl auch zuzuschreiben, daß die stark favorisierte Mannschaft vom K. C. Sohrau nicht startete. An dem Rennen beteiligten sich 9 Mannschaften mit 28 Fahrern. Die Gesamtstrecke betrug 62 Kilometer. Als erste Mannschaft kam Silesia Königshütte in der Zeit von 2.17,15 Stunden durchs Ziel. Die nächstfolgende Plätze belegten: Amatorski Schwientochlowitz, K. S. Hohenlohehütte, Tempo Bismarckhütte.

Pleß und Umgebung

Zusammenprall zwischen Lastauto und Fuhrwerk. Auf der Chaussee zwischen Zorma und Pleß kam es zwischen dem Lastauto Sl. 11 065 und dem Fuhrwerk des Franz Harazim zu einem wuchtigen Zusammenprall. Der Fuhrwerkslenker wurde vom Wagen geschleudert und erheblich verletzt. Das Pferd wurde getötet. Schuld an dem Verkehrsunfall trägt der Autolenker, weil er zu schnell fuhr. r.

Nikolai. (Deutsche Volksbücherei.) Die deutsche Volksbücherei Nikolai verfügt über einen Bestand von fast 1000 Bänden und ist auch mit neuem Schrifttum gut versehen. Wir machen alle Deutschen auf sie aufmerksam. Die Bücherei befindet sich in der Höheren Mädchenschule und ist Dienstag und Freitag von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Petrowitz. Auf der ulica Mikolowska wurde von einem Autobus der 8jährige Georg Matecsik angefahren und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Gegen den Chauffeur wurde gerichtliche Anzeige erstattet. r.

Sierota. (Scheune mit Erntevorräten vernichtet.) In der Holzscheune des Josef Masa brach Feuer aus, durch welches die Scheune mit verschiedenen Wintervorräten vernichtet wurden. Der Brandschaden beträgt 3000 Zloty. Die Brandursache steht z. Zt. nicht fest. r.

Boston

Roman von Upton Sinclair

120)

Verblüfft standen die Reporter da. Ein amtierender Richter kehrt in dieser Stimmung in dem Gerichtssaal zurück, um gegen zwei Menschen zu verhandeln, deren Leben auf dem Spiele steht! Offenbar eine „fette Sensation", und wenn die Reporter, unbehindert durch den Zeitungsverleger, ihren Willen hätten durchsetzen können, wäre die Meldung in jeder Zeitung von Massachusetts auf der ersten Seite erschienen. Aber Reporter handeln nicht nach eigenem Willen; sie unterstehen ihren Verlegern und haben in ihrer Praxis sogenannte „taktische Rücksichten" zu nehmen. Der Vertreter der Associated Preß, der großen Nachrichtenagentur, Jack Harding, machte die klassische Ausrede seiner Auftraggeberin gelten: die Sache sei „polemisch" und folglich nicht zu verwenden. „Polemisches" im Sinne der Associated Preß ist alles, was der herrschenden Klasse von Massachusetts schaden könnte. Es liegt auf der Hand, daß Angehörige dieser Klasse, die alle ein Amt oder irgendeinen hohen Rang bekleiden, ungehindert sprechen dürfen, und daß ihre Aeußerungen als Nachrichten von wichtigem und würdigem Charakter betrachtet werden. Erst wenn die Feinde sie angreifen, beginnt die „Polemik".

Auch die übrigen Berichterstatter kapitalistischer Zeitungen hielten es für richtig, den Vorfall zu verschweigen. Beffel und Joe Randall stand es frei, aus der Reihe zu tanzen, wenn sie Lust hatten; aber sie hätten die Meldung nur in ein paar sozialistischen und sonstigen Arbeiterblättern veröffentlichen können, wo sie keinerleit Wert gehabt hätte, und sie würden sich damit den Zutritt zu dem privaten Gastzimmer und zu den Quellen der kostbaren internen Informationen versperrt haben. Die Verteidiger gaben zu, daß nichts zu machen sei; aber die Geschichte wanderte natürlich nach Boston und veranlaßte mehrere Anwälte und Richter dieser Stadt zu der Erklärung, daß Web verrückt geworden sei, und daß irgend etwas geschehen müsse, — nur ließ sich leider nichts tun, weil sämtliche Richter und sogar die Gerichtsbeamten in Massachusetts auf Lebenszeit angestellt sind, und wollte man den Versuch machen, Web vor Abschluß des Prozesses disziplinarisch zu fassen, hätte man ebensogut die Staatsverwaltung den Roten übergeben können, um die Sache los zu sein.

Die Angeklagten saßen in ihrem Stahlkäfig und blickten mit einer fremden Sprache zu begreifen: Vanzetti mit seinem dichten Hängeschnurrbart, mit seinem melancholischen, nun von tiefen Falten durchzogenen Gesicht, Sacco rastlosen Blicks, ungeduldig; beide bleich von einer zwölfmonatigen, sonnenlosen Haft. Sie waren sorgfältig rasiert, gekämmt und gewaschen, trugen neue Anzüge, schwarzseidene Krawatten und saubere Kragen, — taten ihr Bestes, um wie Amerikaner auszusehen und auf eine amerikanische Geschworenenbank Eindruck zu machen. Sie betrachteten die bejahrten, strengblickenden Männer, die ihr Geschick entscheiden sollten: kei einziger Ausländer unter ihnen, lauter englische Namen vom alten Yankee-Stamm. Jeder einzelne in dieser Geschworenenbank hatte einen Sohn oder einen nahen Verwandten in Frankreich liegen, und die Verwandten, die nicht tot oder Krüppel waren, waren bei den patriotischen Feierlichkeiten der letzten paar Tage mit aufmarschiert.

Williams, einer der Assistenten der Staatsanwaltschaft, erhob sich, hielt eine Ansprache an die Geschworenen und legte dar, was seine Behörde zu beweisen gedenke. Abermals hörte Cornelia jene Geschichte von der Räuberbande, von Boda und Orciani und Cocci,, von der Räuberhütte mit dem kleinen Schuppen, von dem kleinen Overland-Wagen, in dem die Banditen entflohen waren, nachdem sie den Buick-Wagen in den Wäldern von Manley stehengelassen hatten. Die Geschworenen wurden hinuntergeführt, um den Buick zu besichtigen; sie machten in Richter Thayers Begleitung eine Fahrt zu der Hütte und dem Schuppen. Cornelia hatte dies alles bereits in Plymouth mitangehört, hatten gesehen, daß der Anklagevertreter außerstande war, irgendwelche Beweise zu liefern. Sie wußte noch nichts von Mike Stewart und seiner „Theorie", die auf dem „Hellsehapparat" beruhte; das ganze Verfahren kam ihr wie der Traum eines Irren vor, verwirrt saß sie da und wartete, was im Verlauf dieses zweiten Prozesses sich ereignen würde.

Es passierte dasselbe wie in Plymouth: keinerlei Beweise tauchten auf. Die Farce wurde so offensichtlich, daß selbst Thayer sie nicht mehr verteidigen konnte. Bezüglich Bodas erklärte er gegen Ende des Prozesses: „Aber er steht mit der Mordtat in keinerlei Zusammenhang. Jeder, der einen Buick-Wagen fährt, würde, wenn es ein siebensitziger Wagen ist, fast in der gleichen Beziehung zu unserem Falle stehen . . . Aber es ist kein einziges identifizierendes Moment vorhanden." Er zwang den Anklagevertreter zu dem Eingeständnis, daß „weder Orciani noch Boda im Zeitpunkt der Tat in South Brantree waren, und daß zwischen ängstlichen Augen umher, bemüht, das schwierige Verfahren in ihnen und Sacco und Vanzetti hinsichtlich der Mordtat keinerlei planmäßige Verabredungen bestanden hätten." Er verfügte, daß „alle den Geschworenen vorgelegten Beweise in bezug auf den Stall oder Schuppen der Coaccis völlig außer acht zu lassen seien". Aber sie wurden natürlich nicht außer acht gelassen, und der Anklagevertreter wußte genau, was er den Geschworenen eingehämmert hatte. Selbst nachdem der Staatsanwalt ausdrücklich zugegeben hatte, daß Orciani nicht zu den Mördern gehöre, stellte er ihn den Geschworenen als ein düsteres und böses Rätsel dar und forderte von den Verteidigern eine Erklärung, warum sie Orciani nicht als Zeugen geladen hatten.

Aerzte beschrieben die Wunden der Ermordeten; und dann kamen die Identifizierungen. Lewis L. Wade, ein Arbeiter aus der Schuhfabrik, war auf dem Polizeirevier von Brockton der Meinung gewesen, Sacco gehöre zu den Banditen; nun aber sagte er, er sei dessen nicht sicher. Ein Schlag für die Polizei; und als Wade den Zeugenstand verließ, nannte ihn einer der Beamten einen „feigen Hund", und ein anderer murmelte: „Mit dir sind wir noch nicht fertig." Ein paar Wochen später verlor Wade seine Arbeit, — nachdem er siebzehn Jahre lang im Dienste der Schuhfirma gestanden hatte. Zwei weitere Entlastungszeugen erlitten das gleiche Schicksal.

Nun erschien eine Buchhalterin der Schuhfabrik, Mary Splaine, die ans Fenster gelaufen war und hinausgesehen hatte. Mary war ein Opfer jenes Suggestivverfahrens, auf das die Staatsanwälte sich so gut verstehen. Sie hatte Sacco so viele Male betrachtet, daß sie nun in ihm den Banditen sah; sie saß da und betrachtete ihn noch einmal und beschrieb ihn mit allen Einzelheiten, Höhe, Körpergewicht, breite Schultern, hohe Stirn, das Haar zurückgebürstet: "dunkles Haar, dunkle Brauen, hagere Wangen und ein glattrasiertes Gesicht von eigentümlich grünlichweißer Farbe". Niemand hätte eine bessere Identifizierung verlangen können, — bis man sich überlegte, inwieweit Mary Gelegenheit gehabt habe, den Banditen zu sehen. Dann kam man dahinter, daß das, was sie behauptete, eine physische Unmöglichkeit war. Sie befand sich an einem Fenster im zweiten Stock, sechsundzwanzig Meter von dem Auto entfernt, und sie sah den Banditen nur in der kurzen Frist, die das Auto brauchte um mit einer Stundengeschwindigkeit von achtzehn Meilen zehn Meter zurückzulegen, — ein bis zwei Sekunden inmitten einer tollen Aufregung und Schießerei.

(Forts. folgt.)

Kaspar auf der Barrikade

Zur Jahrhundertfeier der belgischen Revolution

Ohne die „Heilige Kanaille“ Brüssels vom 23. September hätte Belgien die Unabhängigkeit nicht kennengelernt. Camille Huysmans.

Bei den rauschenden Festlichkeiten, mit denen Belgien seit Wochen und Monaten den hundertsten Geburtstag seiner staatlichen Unabhängigkeit begeht, kommt die patriotische Legende mehr zu ihrem Recht als die historische Wahrheit. Aber auch wenn statt der Sage die Geschichte den Mund auftut, ist die Revolution, die zur Gründung des belgischen Staates führte, von einer Bedeutung, die eine nähere Betrachtung rechtfertigt.

Um ein Bollwerk gegen Frankreich zu schaffen, hatte der Wiener Kongreß 1815 die sogenannten österreichischen Niederlande samt dem Fürstentum Lüttlich, also Belgien mit den Vereinigten Provinzen, also Holland, zu dem neuen Königreich der Vereinigten Niederlande zusammengefügt. Wirtschaftlich machte sich die Schöpfung nicht übel; Kanalanlagen, Ausbau des Antwerpener Hafens, Schutzzölle für die Industrie kamen nicht zuletzt der jungen belgischen Bourgeoisie zugute, an deren dicken Bäuchen sich der ökonomische Aufschwung ebenso ablesen ließ wie an den geschwellten Ziffern der Handelsstatistik. Immerhin war es eine Quelle des Mißvergnügens, daß die Belgier, die mit knapp hundert Millionen Gulden in die Gemeinschaft eingetreten waren, fortan auch für die tausend Millionen, mit denen Holland belastet war, die Zinsen zahlen mußten, und auch die Ausgaben für die Deiche und die Flotte sah, fern vom Meer, der Brüsseler und Lüttlicher als weggeworfenes Geld an.

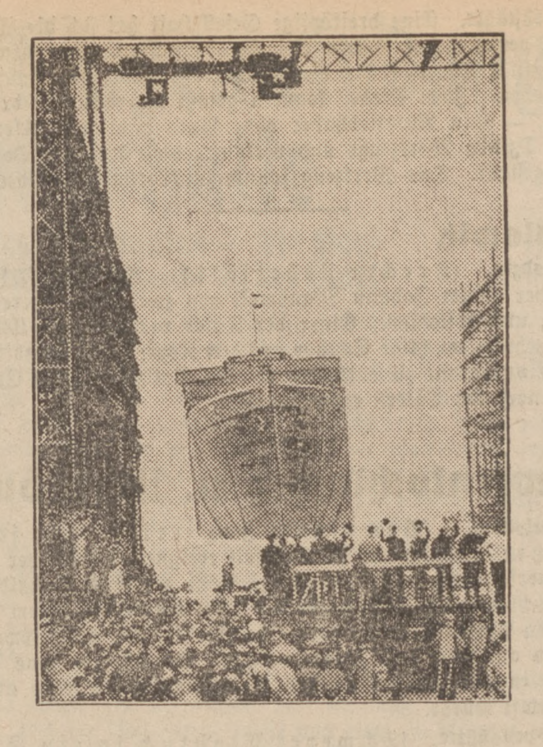
Schärferen Stachel aber hatte die politische Unzufriedenheit, die sich nicht allein aus dem religiösen Gegensatz ergab. „Nirgends“, sagte ein Zeitgenosse, „war der reformierte Calvinismus einseitiger und härter als in Holland, und nirgends der Katholizismus bigotter als in Belgien. Das die Verfassung die Gleichberechtigung der Bekenntnisse festlegte und die Schule der Aufsicht des Staates unterstellte, ging der Klerisei wider den Strich. Aber auch jene demokratisch gesinnte Schicht des Bürgertums, die von der Erinnerung an die Französische Revolution zehrte, wurde vor den Kopf gestoßen, weil König Wilhelm I. Belgien fast wie erobertes Land behandelte. Holländisch war Trumpf, der Belgier fühlte sich als Bürger zweiter Klasse. Obwohl zwei Millionen Holländern dreieinviertel Milionen Belgier gegenüberstanden, waren von 1967 Offizieren nur 288, von den Gesandten und Konsuln gerade zwei Belgier, und bei den Wahlen zu den Generalstaaten entfiel schon auf 41 000 Holländer, aber erst auf 70 000 Belgier ein Abgeordneter. Mehr als die Hälfte der Belgier sprach flamisch, das sich vom Holländischen kaum unterscheidet, aber der Versuch, Holländisch als Amtssprache einzuführen, stieß nicht nur bei den Wallonen, sondern auch bei den Flamen auf erbitterten Widerstand, weil Französisch seit alters die Bildungssprache aller Belgier war. Die wachsende Unzufriedenheit führte 1828 zu einem Bündnis zwischen der katholischen und der liberalen Partei. Die Regierung sah sich zu Zugeständnissen, für jene in die Schul- und Kirchenfrage, für diese in der Sprachenfrage, gezwungen, und wenn auch die sogenannten Annexionisten von einer Angliederung des Landes an Frankreich träumten, strebte das Bürgertum als Ganzes nur eine Reform, keine Revolution an und dachte nicht an Trennung von Holland.

Da flammte die Pariser Julirevolution als mächtiges Fanal auf und entzündete die Köpfe auch in Belgien. Am 10. August noch besuchte Wilhelm I., angehocht und umjubelt, die Brüsseler Ausstellung, und für Mittwoch, den 25. August, rüstete die Stadt zu Festlichkeiten, die zugleich dem Geburtstag des Monarchen wie der Vermählung mit dem preußischen Prinzen golten. Aber schon den Sonntag vorher kündigten an den Mauern klebende Zettel an: „Motag Feuerwerk, Dienstag Illumination. Mittwoch Revolution!“ Wirklich ging es in der Mittwochnacht los; die Aufführung der „Stummen von Portici“ in der Oper endete mit Verwüstung der Redaktionsräume eines Blattes, das von der Regierung gekauft war, mit Niederbrennung eines Hauses, das einem besonders verhaßten Minister gehörte, und mit Plünderung von Waffenläden. Wenn Treitschke von einer „rohen, noch ziellosen Pöbelbewegung“ spricht, war in der Tat der Held des Tages kein katholischer oder liberaler Führer, sondern die anonyme Volksmasse, jenes Proletariat, das ein Spottwort der Bourgeoisie unter dem Namen Gaspard oder Kaspar zusammenfaßte; da es arbeitslos und hungernd auf dem Pflaster lag, richtete es seine Wut gegen die Dampfmaschinen, die es für Urheber seines Elends hielt.

Sofort aber bemächtigte sich die Bourgeoisie der Bewegung. Sie schuf eine Nationalgarde in erster Reihe als Schutztruppe des Eigentums, das ernstlich von niemandem bedroht wurde; diese Bürgermiliz machte sich an eine Entwaffnung der Arbeiter und schoß bereits am 26. August in die Volksmasse. Zwar hingen jetzt die Brabanter Farben Schwarz, Gelb und Rot, die schon 1790 ein kurzlebiger belgischer Staat gehißt hatte, von Dach und Turm, aber noch dachten nur die wenigsten an eine Scheidung von Holland. Selbst als die Notabeln, die sich an die Spitze gestellt hatten, Anfang September eine Verwaltungstrennung beider Länder unter gemeinsamer Dynastie ins Auge faßten, fanden sich die belgischen Abgeordneten brav und bieder zur Tagung der Generalstaaten im Haag ein, und es wäre vielleicht so gekommen: Belgien und Holland jedes für sich ein Staat mit besonderer Regierung und besonderer Kammer, aber beide durch Personalunion unter dem Haus Oranien verbunden, wenn nicht der Souveränitätsdünkel Wilhelm I. gekitzelt hätte, die „unbotmäßigen Untertanen“ mit Gewalt zur Räson zu bringen. Da sich in der zweiten Septemberhälfte ein holländisches Heer Brüssel nahte, herrschte unter den Führern der Bourgeoisie Heulen und Zähneklappern; sie verdunsteten und wurden, solange „dicke Luft“ war, nicht mehr gesehen. Dafür nahm Kaspar die Sache in die Hand, Kaspar baute Barrikaden, Kaspar griff zur Flinte. Als am 23. September zehntausend Holländer mit 26 Kanonen in die Stadt rückten, wurden sie von der „Kanaille“, dem „Pöbel“, also von Arbeitern, Bauern und Kleinbürgern heiß empfangen und in mörderischer Straßenschlacht zu den Toren hinausgeworfen. Diese Volksmasse, die von Lehrern, Hufschmieden, Schneidern befehligt wurde, schlug sich nicht für eine glatte akademische Formel, etwa die Unabhängigkeit Belgiens, sie kämpfte gegen Unterdrückung ganz allgemein, aber dadurch, daß sie die Phrase zugunsten der Tat, der allein zeugerischen, verabschiedete, wies sie den Ereignissen die Bahn. Da die Leichen zu Hunderten auf dem Pflaster lagen, sahen auch die nach dem Volkssieg aus ihren Mauselöchern geschlüpften Führer, daß es ein Zurück nicht mehr gab, und am 5. Oktober rief eine eilends gebildete provisorische Regierung die Unabhängigkeit Belgiens aus. Damit war man gewiß noch nicht überm Berg, denn selbst als die nach einem schmählichen Zensuswahlrecht zusammengesetzte Nationalversammlung die Grundlinien des belgischen Staates gezogen und erst den Sohn des Franzosenkönigs Ludwig Philipp, dann nach dessen Ablehnung den Prinzen Leopold von Koburg-Gotha zum König gewählt hatte, und selbst nach Zustimmung der Mächte, die anfangs über die revolutionäre Zerreißung der Wiener Kongreßbeschlüsse entsetzt waren, zeigte sich König Wilhelm unbelehrbar. Hatte seine Artillerie schon im Herbst 1830 die Stadt Antwerpen von der Festung aus sieben Stunden aus dreihundert Feuerschlünden bombardiert, so marschierten im August des nächsten Jahres abermals holländische Truppen in Belgien ein, es kam zu Gefechten, und erst der Einsatz der französischen Armee und der englischen Flotte brachte den halsstarrigen Oranier endgültig zur Ruhe.

Aber trotz aller Verwicklung, die sich nach diesen beiden Tagen noch ergab: der 25. August und der 23. September hatten die Fundamente zur Unabhängigkeit Belgiens gelegt. Kaspar hatte es geschafft! Allerdings erntete er schlechten Dank, denn in dem Belgien, das Karl Marx das Paradies der Kapitalisten nannte, hatte die Arbeiterklasse, ökonomisch und bis ins zwanzigste Jahrhundert auch politisch entrechtet, wahrhaftig nichts zu lachen.

Hermann Wendel.



Neues Motorschiff der deutschen Handelsmarine

Der Stapellauf der „Monte Pascoal“.

Auf der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg lief dieser Tage das 14 000 Brutto-Register-Tonnen große Motorschiff „Monte Pascoal“ der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft vom Stapel. Das Schiff wird am 30. Januar nächsten Jahres seine Jungfernreise nach Südamerika antreten.

Tragödie auf der Zeche

Langsam, in mühsamer Arbeit der Rettungsmannschaften, wurden die Verletzten und Toten aus dem Unglücksschachte herausgeschafft. Namen klangen auf, liefen über den weiten Zechenplatz, drangen zu den draußen Stehenden. An den Mauern der hohen, kohlenrauchgeschwärzten Gebäude sprangen Schreie empor; alte Männer fluchten oder beteten... Im rasch hergerichteten Speisesaal der Werkskantine wurden die Toten aufgebahrt. —

„Rühle“, sagte der Direktor, der mit zusammengebissenen Lippen die Bergungsarbeiten überwachte, zu dem Platzmeister, „den Frauen nicht länger den Eintritt wehren! Die Arbeitspapiere bleiben hier; die übrigen Sachen können abgegeben werden. Sorgen Sie, daß keine Unordnung — — — Jawohl, ich komme!“ Draußen wurde heftig nach ihm gerufen.

Platzmeister Rühle begann seine Arbeit an den acht Toten, die bisher aufgebahrt worden waren. Er telephonierte mit dem Pförtner und nannte Namen — — — Dann untersuchte er die Taschen der Toten und schrieb ordnungsmäßig den Inhalt auf.

Rühle war ein alter Zechenveteran, der manches Unglück mit erlebt hatte. Verstohlen wischte er sich mit dem Aermel über die Augen und suchte seiner Gemütsbewegung durch seine pedantischen Angaben über den belanglosesten Tascheninhalt Herr zu bleiben.

„Frau Möhring,“ sagte ein Arbeiter und deutete nach der Tür. Steiger Möhring war sein Freund gewesen. Seit zehn Jahren arbeiteten sie zusammen auf Zeche „Morgensonne“, und vor sechs Jahren hatten sie beide am gleichen Tage Hochzeit gehalten. Er ging der Frau seines Freundes entgegen und führte sie, die äußerlich gefaßt war, zu dem toten Freunde.

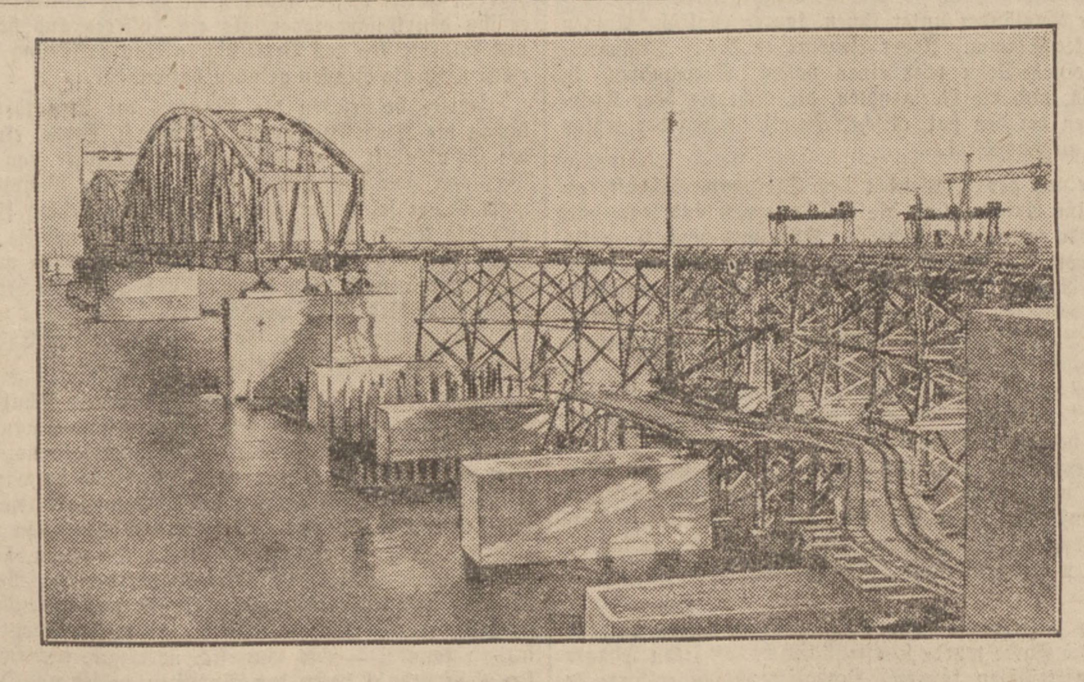
Sie küßte dem Toten die schon geschlossenen Augen. Es war still im Raum; die Frauen saßen zusammengekauert in dumpfer Hoffnungslosigkeit. „Die Arbeitspapiere bleiben hier,“ wandte Rühle sich endlich an sie, „das übrige nehmen Sie am besten gleich an sich.“ Er kramte in den Sachen, die er auf einen Tisch gelegt hatte. Hier war Möhrings Taschenmesser, ein Bleistift, eine Uhr, der Trauring, die Brieftasche... Er öffnete sie, um die Papiere herauszunehmen; da fiel ihm plötzlich ein Lichtbild in die Hand. Das Bild einer Frau. Es war selbstverständlich, daß sein Blick auf das Bild fiel. Seine Hand zitterte, und sein Gesicht wurde weiß; was er da, herrührend aus der Brieftasche seines Freundes, in der Hand hielt, war das Bild einer Frau, die er kannte, und von der getuschelt worden war, daß Möhring seine Frau mit ihr betrog. „Also doch!“ war sein erster, noch unklarer Gedanke. Nie hätte er dem Gerede geglaubt. Er wandte sich zur Seite und drehte das Bild um. Auf der Rückseite stand eine Widmung, die jeden Zweifel ausschloß. „Also doch!“ wiederholte er. Das Gerede war begründet gewesen. Möhring hatte seine Frau betrogen. Ein unterdrücktes Weinen ließ ihn auffahren. Blitzschnell, instinktiv handelnd, steckte er das Bild in die eigene Tasche.

Als Frau Möhring, das kleine Bündel Habseligkeiten in der Hand, zu den anderen Frauen in der Ecke getreten war und sich mit ihnen unterhielt, drängte sich lauernd eine andere Frau in den Raum der Toten. Rühle trat ihr entgegen. Sie standen sich gegenüber, Auge in Auge, bis die Frau den Blick nicht mehr aushielt. Ihre Augen glitten irrend über die Toten. Rühle faßte in die Tasche. Während seine Augen sie bohrend anblickten, reichte er ihr das Bild. Sie griff danach, hastig, wie erlöst. Rühles Blick deutete blitzschnell hinüber zu der Frau da drüben, die ahnungslos um ihren Toten trauerte, und seine Augen drohten der anderen gebieterisch Schweigen.

Luise Winkelmann.

Die russischen Schreckensinseln

Die Solowetzky-Inseln im Weißen Meer sollen jetzt zu einer selbständigen „Republik der Verdammten“ erklärt werden, und damit würde die Sowjetunion eine ihrer furchtbarsten Schöpfungen mit einem Schein der Freiheit umkleiden, der nur als billiger Hohn wirken kann. Ist doch schon der Name dieser „Inseln der Nachtigallen“ eine blutige Ironie, denn es gibt dort keine Vögel und keinen Vogelgesang. Die Geschichte dieser Inseln seit dem Jahre 1920 ist eine Kette furchtbarer Tragödien und grausamer Schrecken. Damals wurden sie nämlich in ein Konzentrationslager verwandelt und mit politischen Gefangenen bevölkert, die hauptsächlich aus Sozialdemokraten und Anarchisten bestanden. Nur die kräftigsten und gesündesten der hierher Verbannten sind noch am Leben. Fast alle bekannten Sozialisten und radikalen Politiker des Vorkriegsrußland waren auf den Inseln deportiert, und in vielen Fällen waren es ganze Familien, darunter Säuglinge auf den Armen der Mütter, die dieser entsetzlichen Einöde ausgeliefert wurden. Etwa vier Jahre lang kümmerte man sich überhaupt nicht um sie. Nur für die Verpflegung der Wächter wurde gesorgt, die sich in der Hauptsache aus den brutalsten und grausamsten Henkern des Bolschewismus rekrutierten. Die Anarchisten waren zunächst auf einer der kleineren Inseln interniert, wo man ihnen ein „anarchistisches Leben“ gestattete, d. h. sie für sich selbst sorgen ließ. Die „freie Liebe“ herrschte damals ungezügelt und führte zu tragischen Konflikten und vielem Blutvergießen, so daß sich die Regierung schließlich entschloß, die Anarchisten unter die übrige Bevölkerung zu verteilen. Da die Sterblichkeitsziffer auf diesen Inseln die höchste in der ganzen Welt ist, so erschien dieser Ort für besonders geeignet, um auch widerspenstige Kommunisten hierhin zu verbannen. Eine beträchtliche Anzahl dieser Genossen, deren man sich aus irgendeinem Grunde entledigen wollte, wurde jedes Jahr hierhergebracht. Die Bewachung erfolgte mit der größten Grausamkeit. Männer und Frauen wurden zu Tode gepeitscht, hunderte nackt und bloß in die Einöde hinausgejagt und dem Erfrierungstode überlassen. Tausende von Intellektuellen des Vorkriegsrußland wurden zum Selbstmord getrieben, darunter so mancher bedeutende Gelehrte und Künstler, die das Leben unter diesen Bedingungen nicht ertragen konnten.



Deutsche Tributleistung im Auslande

Die neue Donaubrücke bei Belgrad.

Zwei Bogen der „Reparationsbrücke“ sind bereits fertiggestellt.

Bei Belgrad, der Hauptstadt von Jugoslawien, ist eine neue Donaubrücke im Werden. Die Bauarbeiten werden von deutschen Firmen auf Reparationskonto ausgeführt; von den rund 500 Arbeitern, die hier beschäftigt werden, sind beinahe ein Zehntel Reichsdeutsche, die übrigen sind zumeist Schwaben, also Angehörige der deutschen Minderheit Jugoslawiens. 1933 soll die Brücke, die eine Länge von 1500 Meter haben wird, dem Verkehr übergeben werden.

Sozis im Dorf

Eine Wahlgeschichte aus der Vorkriegszeit

Von Leo Friedjung.

Wir fuhren zusammen in der Straßenbahn, eine Wahlversammlung war unser Ziel. Lydia seufzte: „Das gibt doch immer eine Menge Arbeit, so eine Wahl!“ —

„Was wollt ihr euch schon beklagen“, sagte Genosse Paulsen und schaute vom Manuskript seines Referats auf, in dem er noch rasch einige Meldungen der Abendpresse notiert hatte. Vor zwanzig Jahren war es eine Menge Arbeit und damals kam noch die Gefahr dazu. So eine Dorfversammlung zum Beispiel ...“

„Erzähle mal!“

Bereitwillig steckte Paulsen das Manuskript weg und erzählte. „Als wir das erstemal in das Dorf kamen, jagten sie uns mit Hunden davon. Nur auf dem Feld trafen wir einen alten Steinklopfer und der sagte uns, wir müßten das nächste Mal während der Kirchzeit kommen, da sei kein Mensch im Dorf. Das taten wir denn auch. Der Pfarrer sprach in der Kirche ebenfalls von den Wahlen. „Die Sozis wählen, das heißt, sich dem Antichrist verschreiben!“ donnerte er und sah scharf auf die kleinen Häusler im Unterdorf, denn die Großkopfeten vom Oberdorf waren in dieser Beziehung nicht der Sünde verdächtig. Der alte sechzigjährige Steinklopfermichel meinte dazu: „Bei den Wahlen, da kann jeder machen, was er will“, und die um ihn herumsaßen, ebenso verhutzelt und abgerackert wie er, ebenso fadenscheinig und nach Gemeindearbeit riechend wie der Michel, nickten mit den Köpfen.

Eben hatte der Pfarrer den lieben Gott als freiwilligen Wahlhelfer der konservativen Partei bemüht, da wurde der Gottesdienst gestört. Man hatte uns gesehen und ein zwölfjähriger Bauernbursche riß die Kirchentüre weit auf und schrie: „Die Sozis sind wieder im Dorf und haben Flugblätter ausgeteilt.“

Fassungslos schauten die Bauern ihren Pfarrer an, denn so einfachweglaufen, mitten im Gottesdienst, das durfte doch nicht sein. Und sie hatten doch den Sozis versprochen, sie würden ihnen mit der Heugabel den Heimweg zeigen, wenn sie noch einmal sich im Dorf sehen ließen. Da hatte der Pfarrer auch schon die Predigt mit raschem Entschluß geendet und sprach das Gebet. Die Orgel setzte ein und laut und feierlich schallte es durch den Raum: „So nimm denn meine Hände und führe mich ...“ Einige der jüngeren Großbauern drückten sich vor dem letzten Vers bereits zur Seitentür hinaus. Nach einem genau festgelegten Plan wurde nun mit Hilfe der Knechte und halbwüchsigen Burschen das Dorf abgeriegelt. „Wo sind sie denn, die elenden Stadtkerle?“ fauchte der Anführer, ein Oberinspektor vom Gut, der im Vorstand des Kriegervereins den Ton angab.

„Im Oberdorf sind die Sozi umanandgeschlichen,“ sagte der Bub des Steinklopfermichels. „Ich hab sie im Unterdorf gesehen,“ bäffte die dreizehnjährige Nandl. „Du damische Kuh, im Oberdorf sind sie. Nicht wahr, Hannes, im Oberdorf?“

Ja, der Hannes hatte sie auch im Oberdorf gesehen. Nun, ein Junge sieht immer besser als ein Mädel, und wenn es erst zwei Jungen sind, da stimmt es, dachte der Oberinspektor. Er dirigierte also seine Schar ins Oberdorf.

Während nun hier jede Scheune und jedes Haus durchsucht wurde und man dann dazu überging, die zahlreichen Hecken und Obstgärten nachzusehen, saßen in der niederen Hütte des Steinklopfermichels zehn arme Häusler und ein paar Knechte zusammen und hörten den Arbeitern aus der Stadt zu. Wie der Steinklopfermichel diese Versammlung zuwege gebracht hatte, das war sein Geheimnis, jedenfalls hatte er ohne Wimperzucken die Sünde auf sich genommen, schon während des Gebets die Kirche zu verlassen, den Choral hatte er sich ganz geschenkt.

„Ihr habt von den hohen Zöllen so wenig wie die Arbeiter“, klaubte ich mit einfachen Worten den Häuslern auseinander, worum es sich handelte in diesem Wahlkampf. „Ihr wollt keinen Krieg führen und müßt mit uns Sozialdemokraten gegen die Vermehrung der Rüstungen kämpfen. Euch nützen die Vertreter der Großagrarier im Reichstag nichts“ — „Das wissen mer schon,“ sagte ein junger Knecht, der erst kürzlich aus der Stadt vom Militärdienst gekommen war. „Aber es ist so schwer hier im Dorf, seine Meinung zu haben und etwas zu sagen.“

„Bei der Wahl können euch die Bauern nicht in den Zettel schauen. Für den Landtag bei der öffentlichen Wahl, könnt ihr es ja nicht riskieren, aber zum Reichstag, da könnt auch ihr sozialdemokratisch wählen.“ — „Wie kommen wir nun mit unseren Flugblättern ins Oberdorf?“ fragte ich dann.

Der Bub des Steinklopfermichels kam. „Ich hab die ganzen Bauern ins Oberdorf geschickt, da suchen sie euch nun.“

Die Häusler lachten. „Die Flugblätter, die laßt ihr ruhig bei mir,“ sagte der Steinklopfermichel. „Wir werden schon dafür sorgen, daß sie an die richtigen Adressen kommen. Aber jetzt macht, daß ihr aus dem Dorf hinauskommt, denn mit der Garde ist nicht gut Kirschen essen. Wenn euch die nicht erwischen, putzt sie der Gutsbesitzer nach Strich und Faden ab. Der Hannes soll ihnen sagen, er hat sie an der Mühle gesehen“, wandte er sich an seinen Buben. „Und du führst die Herren sofort durch den Hinteren Grund, direkt am Rittergut vorbei, da werden sie am wenigen suchen.“ — „Es war ein prächtiger Bursche. und er führte uns rasch auf den Weg zum nächsten Dorf, das für uns ungefährlicher zu bearbeiten war,“ fügte Genosse Paulsen hinzu.

„Ob es heute wohl viel anders aussieht in dem Dorf?“ fragte Lydia. — „Doch ja, er hat sich sehr vieles geändert. Wir haben einen Ortsverein mit fünfzig Mitgliedern im Dorf, und der Bub des Steinklopfermichels ist Vorsitzender. Bei der letzten Reichstagswahl haben wir den deutschnationalen Kandidaten zum ersten Male ausgestochen. Und diesmal hoffen wir auf noch mehr.“

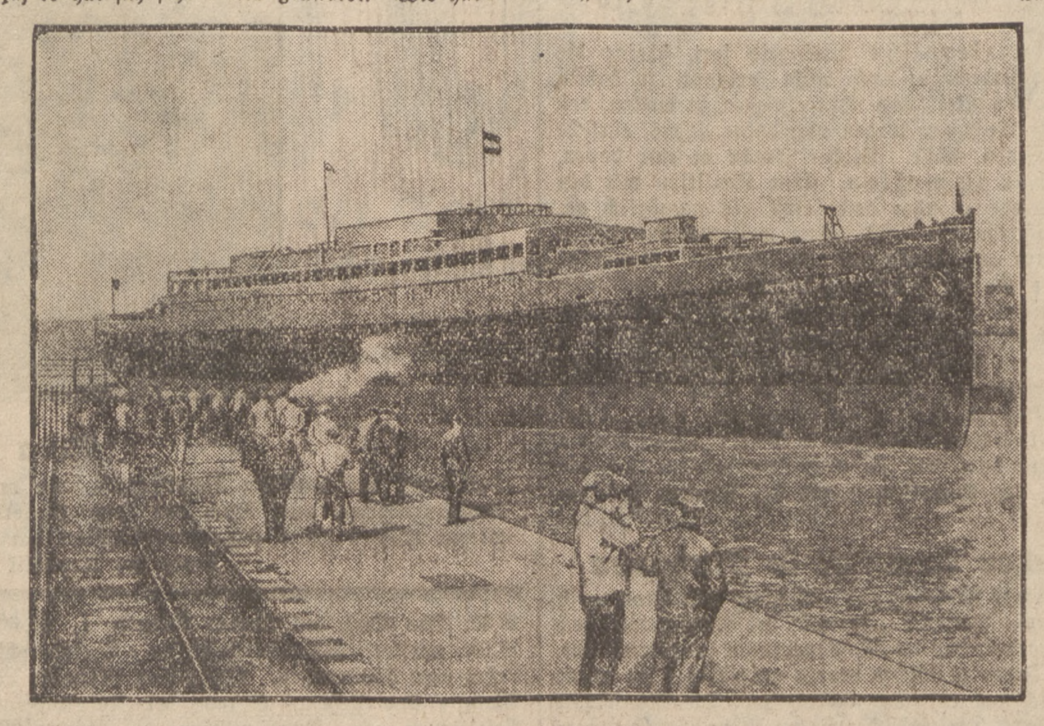
„Wann fährst du hin?“

„Nächste Woche halte ich dort eine Wahlversammlung ab.“

„Was sagt denn nun der Pfarrer zu diesem Einbruch in seine Hürde?“ — „Der ist erheblicher und vernünftiger geworden in den zwanzig Jahren, die verstrichen sind. Heute predigt er nicht mehr gegen die Sozialdemokratie von der Kanzel. Sein Kollege im Nachbardorf dagegen, der macht es immer noch.“

„Auch dem wird man es noch beibringen ...“

„Sicher wird man das!“



Der Ersatz für die „Monte Cervantes“

den im Januar vor Feuerland gesunkenen Passagierdampfer der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, ist der 14 000-Tonnen-Dampfer, „Monte Pascol“, der — auf der Hamburger Werft Blohm und Voß erbaut — jetzt vom Stapel lief und bereits in vier Monaten seine Jungfernfahrt nach Südamerika antreten wird.

Polizei-Anekdoten

Bebel geht spazieren

In dem Buche „Aus meinem Leben“ erzählt Bebel ein heiteres Erlebnis mit der Polizei.

„Ich reiste“, so schreibt er, „nach Mittweida“ hinüber, um unseren dortigen Genossen einen Besuch zu machen. Als ich auf dem Bahnhof in Mittweida ankam, wurde mir ein doppelter Empfang bereitet. Es erwartete mich eine Anzahl Parteigenossen und hinter diesen stehend ein Aufgebot der Polizei mit dem Stadtoberhaupt, dem Bürgermeister Keubler in höchsteigener Person an der Spitze. Dieser Empfang stimmte mich gleich sehr heiter. Ich machte also meinen Parteigenossen den Vorschlag, statt in ein Lokal einzutreten, auf der Hauptstraße Mittweidas auf und ab zu spazieren, wobei ich ihnen allerlei erzählen wolle. Gedacht, getan. Der Spaziergang begann. Hinter uns in mäßiger Entfernung Bürgermeister und Polizei im Gefolge. In wenigen Minuten hatte sich ein großer Menschenhaufe angesammelt, aus dessen Mitte dem Bürgermeister und der Polizei allerlei humorvolle Bemerkungen zugerufen wurden. Alles lachte. Voller Verlegenheit zog sich der Bürgermeister in ein Haus zurück und ließ seinen Untergebenen den Befehl zukommen, sich zu entfernen.“

Ruhe ist die erste Bürgerpflicht

ist einem öffentlichen Anschlag entlehnt, den der Minister Graf von der Schulenburg-Kehnert am 17. Oktober 1806, drei Tage nach der Schlacht bei Jena an die Straßenecken Berlins heften ließ, und der mit den Worten begann: „Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Einwohner Berlins dazu auf.“

Der Humor dabei ist, daß Graf von der Schulenburg selbst diese Ruhe nicht besaß, denn er flüchtete mit der Regierung und dem königlichen Hof nach Ostpreußen in den Schutz der russischen Verbündeten.

Der beschränkte Untertanenverstand.

ist eine Wortbildung, die aus einem Erlaß des preußischen Ministers des Inneren von Rochow vom 15. Januar 1838 entstanden ist. Als im Jahre 1837 der König von Hannover die Verfassung seines Landes aufhob, protestierten sieben Göttinger Professoren dagegen, unter ihnen Professor Albrecht aus Elbing. Viele Einwohner Elbings sandten an Albrecht eine Zustimmungsadresse. Von Rochow mißbilligte dies in jenem Erlaß, in dem es heißt:

„Es ziemt dem Untertanen nicht, die Handlungen des Staatsoberhauptes an den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünkelhaftem Uebermut ein öffentliches Urteil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen.“

Ich warne Neugierige!

Dieses jetzt oft scherzhaft angewandte Wort gebrauchte der Berliner Polizeipräsident von Jagow in einer Bekanntmachung, die er am 13. Februar 1910 vor einer sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstration veröffentlichte. In der gleichen Bekanntmachung steht die ebenfalls zum geflügelten Worte gewordene Wendung: Das Recht auf die Straße.

Severing sagte 1926, den Reformwillen der preußischen Polizei betonend: Früher hieß es: „Ich warne Neugierige!“, heute sagen wir: „Bitte, treten Sie näher!“

Die janze Richtung paßt uns nicht!

antwortete der Berliner Polizeipräsident Freiher von Richthofen am 23. Oktober 1890 dem Direktor der Lessing-Theaters, Oskar Blumenthal, auf die Frage nach den Gründen des Verbots von Sudermanns „Sodoms Ende“.

Es war einmal!

Ein Polizist brachte im März 1848 einen Mann auf die Wache. „Ich habe ihn verhaftet“, meldete er dem Leutnant, „denn hier, diesen Beweis des Hochverrats, habe ich in seiner Wohnung gefunden und natürlich sofort beschlagnahmt.“

Ber Beweis war ein Stück weißes Papier.

„Da hat der Kerl nämlich zweifellos eine Proklamation drauf schreiben wollen“, erklärte der Polizist.

„Das sozialdemokratische Volk ...“

Aus den Akten des Polizeiamtes in Ottensen.

Gehorsamstes Gesuch des Polizei-
sergeanten Alexander Fischer um
geneigte Bewilligung einer neuen
Uniform.

Otensen, den 5. Mai 1877.

Dem verehrlichen Polizeiamt erlaube ich mir gehorsamst zu berichten, daß die mir im Januar 1875 gelieferte Uniform aus folgenden Gründen einer Erneuerung nicht unbedürftig zu sein scheint:

1. Die Mütze, obschon sie den Angriffen der Hüte verderbenden Höflichkeit nicht ausgesetzt ist, hat doch durch Zeit, Staub, Sonnenschein und Regen das achtungsgebietende Ansehen verloren, dessen das Hauptstück eines Polizeibeamten im dienstlichen Interesse bedürfen möchte.

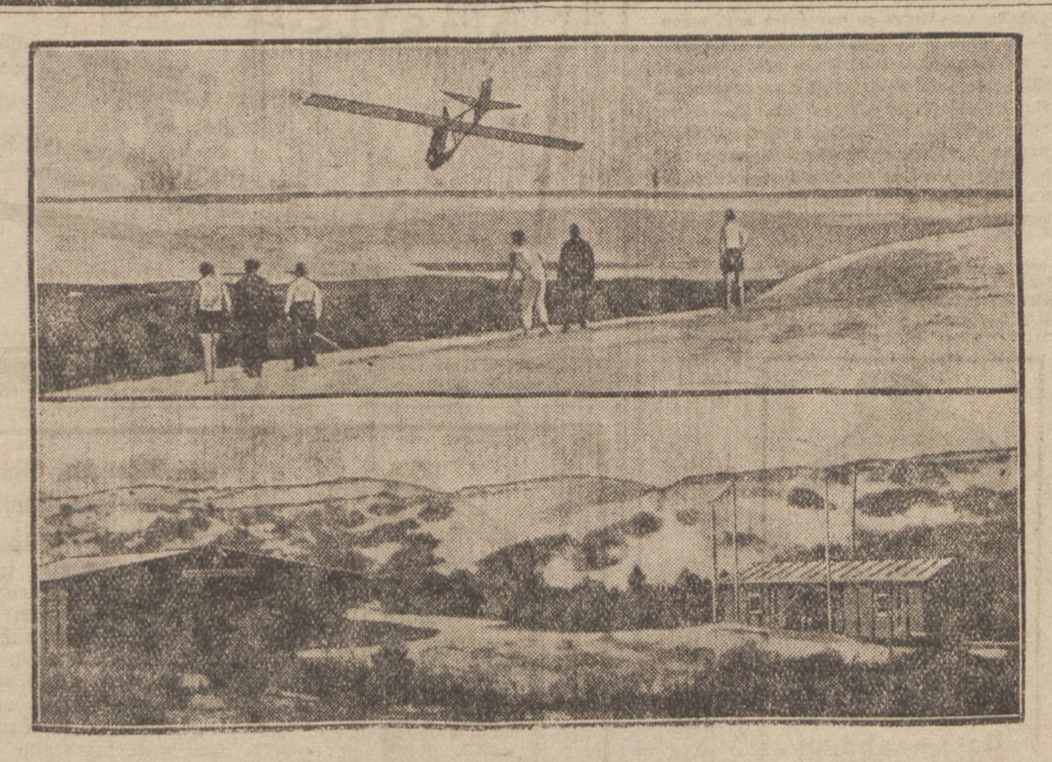
2. Der Rock, zwar in Ansehung des dunkelblauen Tuchs noch reputierlicher, aber doch in den staubaufwirbelnden Versammlungen des Volkes so demokratisiert, daß er nach sachverständigem Gutachten einer neuen Decoration mit Roth nicht mehr würdig ist, leidet an innerer Zerissenheit.

3. Das Beinkleid, dem ein nicht unwesentlicher Teil schon 2mal ergänzt werden mußte, leidet an einer, durch keinen Flicken mehr zu reparierenden Negation eben dieses, dem Verschleiß besonders ausgesetzten Teils so sehr, daß man sich ihm aus sittenpolizeilichen Gründen kaum mehr anvertrauen darf. Außerdem ist die Biese an demselben früher rot gewesen.

Kurz, diese Uniformstücke vermögen, ich will nicht sagen bei etwa wieder vorkommenden Durchreisen hochfürstlicher Personen, sondern selbst bei den weniger ceremoniellen Versammlungen des sozialdemokratischen Volks die Würde der Obrigkeit nicht mehr in dem Grade zu veranschaulichen, wie sie es verdient.

Alexander Fischer, Polizeisergeant.

(Mit Erlaubnis des Verfassers und Verlages dem Buch „555mal Witz und Humor bei der Polizei“ von Heinrich Langmaack, Deutscher Polizei-Verlag, Lübeck, entnommen.)



Eine neue Segelflugschule in Ostpommern

ist von der Segelflugabteilung Pommern des Deutschen Luftfahrtverbandes auf der Lonzker Düne nahe dem Ostseebad Leba geschaffen worden und den Jüngern des motorlosen Fluges jetzt zur Benutzung übergeben worden. — Oben: Start eines Segelflugzeuges von der Lonzler Düne — unten: das Wohnheim und der Flugzeugschuppen der neuen Segelflugschule Leba.

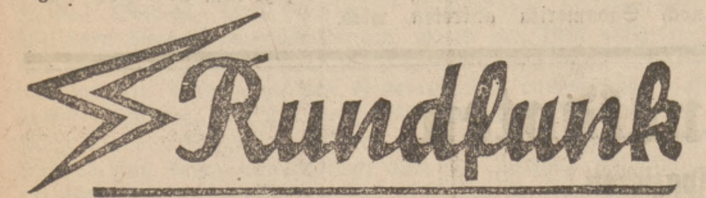
Breitscheid über das Postenkleben Brünings

Paris. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid betont in einem Interview im „Populaire" abermals, daß man den Sieg der Hitlerleute nicht als einen Sieg des Chauvinismus und der Revanche allein auffassen dürfe. Der Wahlkampf habe sich vielmehr in der Hauptsache auf innerpolitischen Gebiet abgespielt. Viele Wähler hätten Hitler ihre Stimmen nur aus verworrenen sozialen, wenn nicht gar aus sozialistischen Tendenzen heraus gegeben. Die besseren Elemente unter ihnen könnten sehr gut bei einiger Klärung der Lage und bei größerer politischer Einsicht richtige Sozialisten werden.

Der Reichskanzler, fährt Breitcheid fort, scheine die Folgen seiner Wahlniederlage noch nicht erkannt zu haben, scheine auch die Notwendikeit noch nicht einsehen zu wollen, daß er dieser Niederlage Rechnung tragen und daher offene, ehrliche Verhandlungen eröffnen müsse. Bisher spreche er nur davon, im Amte bleiben zu wollen. Eine Koalition mit den Nationalsozialisten sehe er aber doch selbst als unmöglich an, noch glaube er, daß ihn die SPD. ohne weiteres unterstützen werde, und zwar nur aus Furcht vor der Reaktion. Gewiß sei sich die SPD. der Gefahr bewußt, und sie sei auch entschlossen, alles dagegen zu tun. Aber ihre Haltung werde bestimmt durch die Bedingungen, die ihr die bürgerlichen Parteien sowohl hinsichtlich der Person wie auch vor allem hinsichtlich der Prinzipien vorschlügen. Im übrigen, so schloß Breitscheid, darauf man im Ausland der Wachsamkeit und dem Mut der arbeitenden Massen in Deutschland das Vertrauen schenken, daß sie alles tun würden, um die Rechte des Volkes, **den Sozialismus und den Frieden Europas zu verteidigen.**

Ein russischer Dampfer in Flammen

Berlin. Nach einer Meldung des „Montag" aus Moskau ist der 600 Tonnen große Dampfer „Ochotsk" bei Kamschatka durch Feuer zerstört worden, das im Maschinenraum entstanden war. Alle Versuche, das Feuer zu löschen waren vergeblich. Zu allem Unglück ereignete sich noch eine Benzinexplosion. Die Mannschaft stürzte sich ins Wasser. Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt. Sieben Schwerverletzte liegen im Krankenhaus mit gebrochenen Gliedern. Außerdem wurden noch 5 Leichsverletzte geborgen.



Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag. 12,05: Mittagskonzert. 16,20: Stunde für die Kinder. 16,35: Schallplatten. 17,35: Vortrag. 18: Unterhaltungskonzert. 19: Literarische Stunde. 19,50: Uebertragung einer Oper.

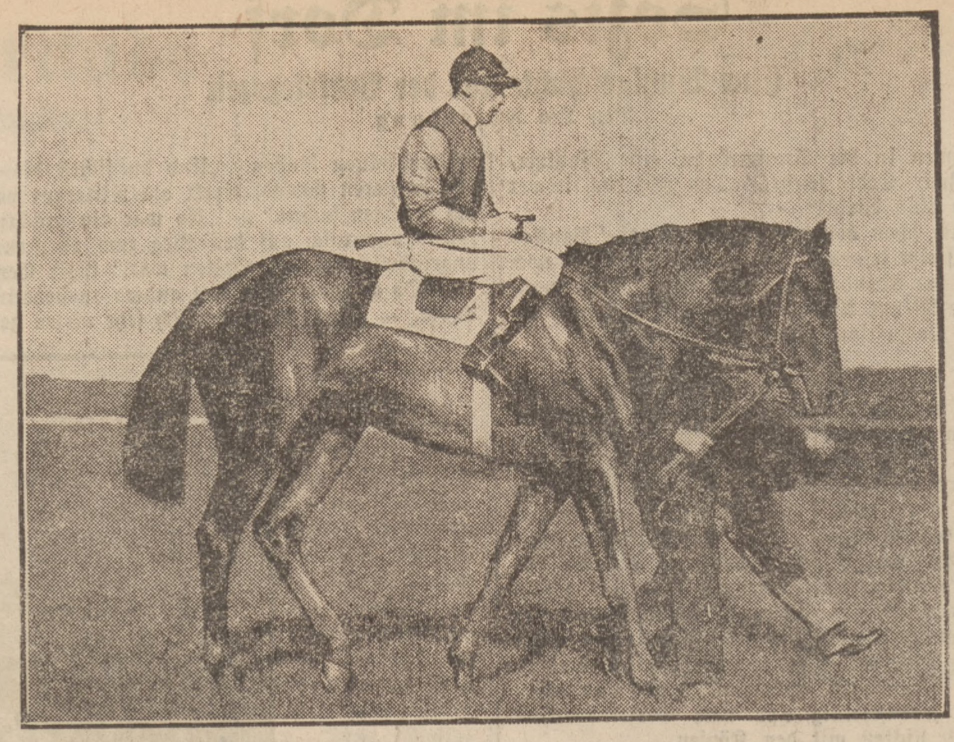
Warschau — Welle 1411,8

Dienstag. 12,10 und 16,15: Schallplatten. 17,10: Vorträge. 18: Russische Musik. 19: Verschiedenes. 19,50: Uebertragung einer Oper.

Gleiwitz Welle 253. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Dienstag, den 23. September. 12,35: Was der Landwirt wissen muß. 15,35: Kinderstunde. 16: Märsche (Schallplatten.) 16,30: Das Buch des Tages: Amerika I. 16,45: Klaviermusik. 17,15: zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht. 17,20: Die Lehre vom Grenznutzen. 17,50: Aus Gleiwitz: Lesestunde. 18,10: Materie und Leben: Stunde der Naturwissenschaften. 1835: Beseitigung von Rundfunkstörungen. 18,50: Wettervorhersage, anschließend: Abendmusik der Funkkapelle. 20: Wiederholung der Wettervorhersage; anschließend: Stunde der werktätigen Frau. 20,30: Spieler. 21,30: Duo. 22,10: Aus Berlin. Politische Zeitungsschau. 22,35: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,55: Aufführungen der Schlesischen Bühne. 23: Mitteilungen des „Verbandes Schlesischer Rundfunkhörer e. V." 23: Kabarett auf Schallplatten.



Alba verunglückt und erschossen

Der Stolz der deutschen Vollblutzucht, der dreijährige Oppenheimsche Hengst „Alba", rutschte am 18. September bei einem Trainingsgalopp aus, brach das linke Hinterbein und mußte sofort erschossen werden. Mit „Alba", der in einer Kette von Siegen 230 000 Mark zusammengaloppiert hat und die besten Siegesaussichten für das deutsche Saint Leger und den Großen Preis der Republik besaß, hat der deutsche Rennsport sein bestes Pferd verloren.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

An die Mitglieder des Bundes für Arbeiterbildung.

Entsprechend dem Beschluß der Generalversammlung am Sonntag, den 13. Juli d. Js. wobei beschlossen wurde, den Punkt: Kassenbericht, wie Wahl des Vorstandes, auf einen Termin Ende September zu vertagen, beruft der Vorstand, entsprechend den Satzungen, die Fortsetzung der Generalversammlung für Sonntag, den 28. September, vorm. 10 Uhr, nach Königshütte ein.

Teilnehmen an dieser Generalversammlung als Gäste können alle durch besondere Einladung hierzu eingeladene Organisationen. Als Delegierte nehmen teil: die in den einzelnen Ortsgruppen gewählten Delegierten. Vollberechtigte Delegierte sind nur Vertreter dieser Ortsgruppen, sowie Kulturvereine, die ordnungsgemäß den statistischen Fragebogen über Einnahmen und Ausgaben an den Bundesvorstand abgesandt haben und die mit einem ordnungsgemäßen Mandat der Ortsgruppe des Bundes für Arbeiterbildung versehen sind.

Ortsgruppen ohne Kassenabrechnung nehmen nicht teil.

Die Form der Wahl der Delegation wird den Ortsgruppen durch ein besonderes Schreiben mitgeteilt.

Der Bundesvorstand.

Bismarckhütte. („Rondo Esperanto".) Hiermit geben wir allen Interessenten der Esperantosprache bekannt, daß am Sonntag, den 28. d. Mts., vormittags 10 Uhr, im Betriebsratbüro eine Zusammenkunft stattfindet. Zu dieser Sitzung erscheint als Referent Genosse Cechowski und Dr. Brode. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Versammlungskalender

Zalenze. (Arbeiter-Esperanto-Verein „Konkordo.) Wir geben hierduch bekannt, daß ab anfangs Oktober ein neuer Kursus in Esperanto Wort und Schrift stattfindet. Der Kursus soll jeden Donnerstag abends im Vereinslokal bei Herrn Spyra Zalenze, ul. Wojciechowskiego 106, stattfinden. Interessenten, welche gewillt sind, diesen Kursus mitzumachen, können sich spätestens bis zum 29. September mündlich an jedem Donnerstag, abends von 7 bis 9 Uhr, im Vereinslokal bei H. Spyra melden. Schriftliche Anmeldungen bitten wir an nachstehende Adresse zu richten: Jan Lukaszek, Zalenze, ulica Wojciechowskiego 138. Der Kursus ist gratis und kostenfrei.

Der Vorstand.

Königshütte. (D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.) Am Freitag, den 26. September, abends 7,30 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses die fällige Mitgliederversammlung der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei statt. Als Referent erscheint Genore Kowoll. Die Mitglieder werden gebeten vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Nikolai. („Freie Sänger".) Am Dienstag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, Chorprobe. Alle Mitglieder, auch diejenigen, die dem Verein in letzter Zeit fernblieben, werden gebeten pünktlich zu erscheinen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johann Kowoll, wohnhaft in Katowice, ul. Plebiscytowa 24; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck: „Vita". nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.